

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 149

Mittwoch, 29. Juni 1927

34. Jahrgang

Rampf um den Mieterschutz!

Der erste Angriff des Bürgerblocks abgeschlagen

Die Sozialdemokratie war auf dem Posten

Der Reichstag hat am Dienstag die Gesetzentwürfe zur Abänderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes, sowie alle dazu gestellten Anträge der Parteien dem Wohnungsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Unter diesen Anträgen befindet sich auch ein sozialdemokratischer Antrag, der von der Reichsregierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfes über ein soziales Miet- und Wohnrecht verlangt. Außerdem hat der Reichstag die Geltungsdauer der jetzigen Mieterschutzgesetze bis zum 31. Dezember 1927 verlängert. Die Reichsregierung hatte nur die Verlängerung bis zum 31. Juli vorgeschlagen. In der Erkenntnis, daß diese kurzfristige Verlängerung unter Umständen den unbeabsichtigten Fortfall des ganzen Mieterschutzes hervorrufen könnte, haben aber die Regierungsparteien selbst die Verlängerung bis zum 31. Dezember 1927 beantragt. Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, Verlängerung bis zum 30. Juni 1929, wurde einstimmig die Verlängerung um ein halbes Jahre beschlossen.

Dieses Ergebnis stellt zweifellos einen Erfolg des in erster Linie von der Sozialdemokratie geführten Kampfes zum Schutze der Mieter dar. Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß größere Gefahren noch drohen. Denn die Regierungsvorlage, für deren Beratung der Reichstag nun Zeit gewonnen hat, enthält Verschlechterungen des jetzigen Rechtszustandes. Solche Verschlechterungen drohen in noch größerem Maße von den Anträgen der Wirtschaftspartei, die sowohl eine baldige erhebliche Lockerung des Mieterschutzes fordern, als auch die Beseitigung der Zwangsmiete für den Anfang des Jahres 1928 in Aussicht nehmen. Da diese Anträge auch Sympathien in den übrigen bürgerlichen Parteien gefunden haben, werden noch in diesem Reichstag ernsthafte Kämpfe um den Mieterschutz zu führen sein.

Die Reichstagsdebatte

Die Sitzung wird um 4 Uhr nachmittags vom Präsidenten Löbe eröffnet.

Auf der Tagesordnung steht die Vorlage zur Verlängerung der Geltungsdauer der Mieterschutzgesetze bis zum 31. Juli d. Js., ferner die erste Beratung von Gesetzentwürfen zur Abänderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes.

Abg. Graf Westary (Dnl.) beantragt im Namen der Regierungsparteien, die Mieterschutzgesetze bis zum 31. Dezember d. Js. zu verlängern.

Abg. Lipinski (Soz.)

Charakterisiert das Verhalten der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien, die 2 Tage vor Ablauf der Gesetze die Abänderungsanträge einbringen, als einzig in der Geschichte des parlamentarischen Lebens dastehend.

Man hat die Bevölkerung überrumpeln wollen und zwar zugunsten der Hausbesitzer,

die nur 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen, während 85 Prozent zu den Mietern gehören. Das Bestreben der Hausagrarier geht dahin, den Mieterschutz überhaupt zu beseitigen. Dabei sind doch gerade die Hausbesitzer als Nutznießer der Inflation zu bezeichnen. In der jetzt vorgelegten Fassung des Mieterschutzgesetzes hat der Bürgerblock zugunsten bestimmter kleiner Wirtschaftsklassen die Interessen der breiten Mieterschichten zurückgestellt. Dabei hat die Regierung selbst das Bestehen der großen Wohnungsnot zugegeben und eine Denkschrift darüber in Aussicht gestellt. Daß sie bisher noch nicht erschienen ist, dürfte dem Einfluß bestimmter Interessentkreise zuzuschreiben sein. Auch die Ergebnisse der vom Reichstag beschlossenen Wohnungszählung liegen noch nicht vor.

Anstatt zu einer weiteren Verschlechterung des Mieterschutzes müssen wir endlich zu einem sozialen Wohnrecht kommen.

das sich von den für die Mieter geltenden Bestimmungen der Kriegszeit wesentlich unterscheiden muß. Durch die bisherige Lockerung des Mieterschutzes ist der Zustand für die Mieter schon wesentlich verschlechtert worden. Es wird jetzt ein unerträglicher Wucher mit den freierwerbenden größeren Wohnungen getrieben, nach Annahme der von der Regierung geforderten neuen Änderungen des Mieterschutzgesetzes würde sich die Ausplünderung der Wohnungsuchenden noch verschlimmern. Die Sozialdemokratie beantragt nun, das bestehende Gesetz nicht um 6 Monate, sondern um 2 Jahre zu verlängern und in dieser Zeit muß es möglich sein, ein dauerndes Wohnrecht zu schaffen. Diese Frist gibt auch die Möglichkeit, die Ergebnisse der Wohnungszählung und des Finanzvergleichs zu berücksichtigen. Die Parteien des Bürgerblocks wollen noch schnell, bevor die Abrechnung bei den Wahlen kommt, ihre Ernte in die Scheuer bringen. Aber

seien Sie dessen sicher: dieser Abrechnung werden Sie nicht entgehen! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Reichsminister Hergt

erklärt die späte Einbringung der Vorlagen damit, daß erst die Wirkungen der letzten Novelle ermittelt werden mußten. Die Länder hätten erst in den letzten Monaten ihre Berichte darüber einreichen können. Eine PreSSION auf den Reichstag sei nicht beabsichtigt gewesen. Das gehe schon daraus hervor, daß die Regierung gleichzeitig die Verlängerung der bestehenden Gesetze vorgeschlagen habe. In ihren Vorlagen habe die Regierung gar nicht an den Rechtsgrundlagen der bestehenden Gesetze gerührt und sachliche Änderungen kaum vorgenommen. Für die Mieter seien in den Novellen sehr wesentliche Verbesserungen enthalten. Das gesunde Prinzip der Mietergesetzgebung sei der Übergang zu normalen Verhältnissen und zur Freizügigkeit im Wohnungswesen. Die Interessen der Mieter und Vermieter seien dabei sorgsam gegeneinander abgewogen worden.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt die Verlängerung der geltenden Gesetze auf unbestimmte Zeit oder wenigstens bis zum 31. Dezember 1928. Die im vorigen Jahre beschlossene Lockerung des Mieterschutzes habe nicht zu der davon erwarteten Belebung des Baumarcktes geführt. Die Hausagrarier hätten sich durch Ablösung der entwerteten Hypotheken auf Kosten der enteigneten Später bereichert. Eine weitere Begünstigung der Hausbesitzer sei nicht zu verantworten.

Glaß und Hindenburg

Ein Eid und ein Brief

Berlin, 24. Juni

Von den Zeit-Notizen wird uns geschrieben:

In dem Beleidigungsprozeß von Sodenstern — Mahrau beschwor am 22. Juni 1927 der Zeuge Justizrat Glaß, er habe niemals den Sturz der Regierung Luthers Streifemann beabsichtigt, nie an einen Putsch gedacht, und insbesondere wies er den Gedanken von sich, er oder seine Leute hätten zur Vorbereitung eines Putsches von rechts Arbeiterunruhen provozieren wollen.

Einer der Hauptgegner für die Klassen Bestrebungen, der Kaufmann Tenzelbe aus Münster, Stadtrat und deutschnationales Parteimitglied, sagte aus, es hätten zur fraglichen Zeit, im Frühjahr 1926, in Münster drei Tage andauernde Besprechungen stattgefunden, in denen jedoch lediglich von den politischen Möglichkeiten gesprochen worden sei, wenn ein Linksputsch käme.

Daß zu dieser Zeit ein Linksputsch nicht bevorstand, ist bekannt, wenn auch ein Urteil des in politischer Apporrierungsfunktion bewährten Senatspräsidenten Niedner das Gegenteil behauptet.

Wie es um die jetzt abgetrittenen Pläne des Herrn Glaß stand, zeigt folgender Brief, den Herr Justizrat Glaß an den Sohn und Adjutanten des Reichspräsidenten, den Major von Hindenburg, schrieb:

Potsdam, den 6. Januar 1926
Kaiser-Wilhelm-Straße 55

Sehr verehrter Herr von Hindenburg!

Unserer Beratung gemäß, lege ich meine Ihnen gestern gemachten Ausführungen schriftlich nieder. Diese Zeilen können Ihnen vielleicht als Unterlage für Ihren Vortrag beim Herrn Generalfeldmarschall dienen. Gewiß wird der Herr Generalfeldmarschall sich darüber wundern, daß ich mich um Sachen bekümmere, die mich nichts angehen. Aber ich glaube, daß jeder Deutsche, der Verantwortungsbewußt ist, sich in der wachsenden Not des Vaterlandes Tag und Nacht fragen muß, wie dem drohenden Unheil vorgebeugt werden kann. Das „wie“ ruht sich auf die Personfrage zu: es lautet also: wo ist der Mann, der für das entscheidende Amt die notwendigen Eigenschaften besitzt?

Bei der Beantwortung dieser Frage wird man von nachstehender Voraussetzung ausgehen haben. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem parlamentarischen Regime und nach dem Scheitern der seit 6 Wochen schwebenden Versuche, auf parlamentarisch-parteilichem Boden eine brauchbare Regierung zu bilden,

ist es wohl zweifellos, daß der Parlamentarismus abgewirkt habe, und daß nur die Diktatur nach § 48 der Verfassung uns helfen kann.

Diese Auffassung glaube ich auch aus Ihren gestrigen Worten herausgelesen zu haben.

Sie vertreten die Auffassung, daß Herr Dr. Luther der geeignete Mann sei. Ich glaube das nicht. Es hat sich erwiesen, daß Herr Dr. Luther, nachdem Locarno in seinem Sinne erledigt ist, eine Mehrheit in diesem Parlament nicht mehr hat. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten sind gegen ihn. Das Vertrauen der vaterländischen Kreise zu ihm ist unwiderbringlich dahin. Seine Locarnopolitik, besonders seine offensichtliche Unwahrscheinlichkeit in Begründung des Locarnogesetzes im Reichstage, haben es zertrütert. Für seine

Abg. Barthel (Dem.) führt die Verzögerung bei der Einbringung der Novellen darauf zurück, daß das Reichsjustizministerium offenbar mit seiner Entscheidung viel Mühe gehabt habe, weil zu viele Versprechungen zu erfüllen waren, die der Minister Hergt früher als Mitglied einer Oppositionspartei gemacht hatte. Die Interessen der Mieter und Vermieter müßten gegeneinander abgewogen werden. Solche Angriffe, wie sie der Kölner Grundbesitzer-Verein erhebe, daß nur die Wirtschaftspartei für die Hausbesitzer Interesse habe, müßten zurückgewiesen werden. Bis zum Dezember werde man hoffentlich zu einem Gesetze kommen, mit dem beide Teile zufrieden seien.

Abg. v. Namin (Woll.) vermischt neue Gedanken bei der Regierung. Die Hauszinssteuer sei unerträglich. Solange die Männer der Regierung immer da ständen, wo die Mehrheit sei, könne man von ihr Ersprießliches nicht erwarten.

Abg. Zörren (Wirtsch. Vereinig.) bezeichnet die Vorlage als einen Wechselhaug. Der § 1 enthalte geradezu eine Aufforderung an die Mieter zum Vertragsbruch. Die Wohnungsnot könne nur durch Vermehrung des Wohnungsbauwesens behoben werden und diese sei nur zu erzielen durch Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen.

Damit ist die Debatte geschlossen. Die beiden Gesetzentwürfe gehen mit den dazu gestellten Anträgen an den Wohnungsausschuß. Der sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung des Mieterschutzgesetzes auf 2 Jahre wird von den Regierungsparteien abgelehnt. Angenommen wird der Antrag, das Mieterschutzgesetz bis zum 31. Dezember d. Js. zu verlängern.

Der von der Sozialdemokratischen Partei gestellte Antrag auf Ermäßigung des Mahzollens wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschusse überwiesen.

Gegen 6 1/2 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Donnerstags, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Aufwertung der Hypotheken und Umwandlung in Grundschulden, Anträge auf Aufwertung der Pensionskassen sowie der von Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachte Antrag auf Verlängerung des Sperrgesetzes.

Maßnahmen als Diktator nach § 48 würde er eine Mehrheit im Reichstage nicht finden.

Wer aber ist der Mann, der die Eigenschaften besitzt, daß man mit vollem Vertrauen seine Berufung durch den Herrn Generalfeldmarschall wünschen könnte? Sie nannten gestern eine Anzahl Namen, sagten aber gleich, daß Ihres Erachtens keinem die erforderlichen Eigenschaften innewohnen.

Deshalb bitte ich, die Aufmerksamkeit des Herrn Generalfeldmarschall auf Herrn Geheimrat Hugenberg lenken zu dürfen.

Ich wiederhole, daß ich ihn noch nie gesehen, auch keinerlei Beziehungen zu ihm habe. Meine Anregung gründet sich lediglich auf das Urteil von Männern, in deren Einsicht ich vollstes Vertrauen habe, sowie auf meine persönliche Kenntnis von seiner bisherigen Tätigkeit und seiner heutigen Stellung im öffentlichen Leben.

Nach der Erledigung der Locarnoverträge ist das Augenmerk aller auf die innerpolitischen Fragen zurückgekehrt, und hier vor allem auf die wirtschaftlichen und die wirtschaftspolitischen: es gilt, den völligen Zusammenbruch zu verhindern. Für diese Aufgabe scheint mir kein anderer Mann in Deutschland so vorbereitet zu sein, wie Geheimrat Hugenberg. Er hat seine glänzenden Fähigkeiten in der Unfriedenskommission Polen und im Finanzministerium bewiesen, hat die große Raiffeisen-Organisation in Posen geschaffen, und war — nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst — zehn Jahre lang, darunter die ganze Kriegszeit hindurch, Chefpräsident der Kruppischen Werke.

Im Kriege hat er in den vordersten Reihen derjenigen gestanden, die in unermüdlicher Arbeit die Oberste Heeresleitung durch die Stärkung des Siegeswillens zu unterstützen versuchten. Ich erinnere mich, mit welchem Haß er damals vom Reichstangler u. Bethmann und seinen Leuten verfolgt wurde.

Nach dem Zusammenbruch gehörte Hugenberg zu den Gründern der deutschnationalen Volkspartei, für die er in die Nationalversammlung gewählt wurde, und der er heute noch im Reichstage angehört. In Weimar war er einer der Hauptkämpfer gegen Erzbergers verheerende Finanzpolitik. Seitdem hat er sich

ganz im Hintergrunde gehalten

und seine Kräfte der Rettung der Wirtschaft gewidmet. Parteipolitiker ist er nie gewesen; er ist es ganz sicher auch heute nicht. — Er hat sich auf dem Gebiete der großen Verwaltung, der Bank- und Geldwirtschaft und der Industrie allen Aufgaben gewachsen gezeigt. Er ist selbst praktischer Landwirt und kennt die Lage und die Bedürfnisse der Landwirtschaft genau. Alles in allem ein Mann, der die gesamte deutsche Wirtschaft auf das genaueste kennt.

Daß Herr Hugenberg zur Zeit Parlamentarier ist, halte ich nicht für einen Nachteil. Für die Notwendigkeit der Anwendung des § 48 bedeutet es einen Beweis mehr, wenn diese Maßnahme durch einen Parlamentarier vertreten wird. — Außerdem wird Hugenberg die deutschnationale Volkspartei geschlossen hinter sich haben, zweifellos auch die Volkischen und von seinen industriellen und landwirtschaftlichen Beziehungen her wohl auch die Wirtschaftspartei und Anhänger des rechten Flügels sowohl der Zentrumspartei wie der Volkspartei — also eine Gruppe, wie sie wohl kein Zweiter zusammenbringen könnte.

Diese Dinge sind aber noch nicht die entscheidenden. Entscheidend ist die Persönlichkeit.

Hugenberg gilt für einen staatsmännischen Kopf großen Formats.

Er hat in seinem bisherigen Wirken unbeugsame Tatkraft und

festen Charakter gezeigt. Ich bin überzeugt, daß er in der gegenwärtigen schweren Zeit der beste Berater ist, den der Herr Generalfeldmarschall finden könnte. Mit ihm würde man hoffen können, die gewaltigen Fragen der Gegenwart zu meistern. Auf das dringendste möchte ich deshalb empfehlen, daß der Herr Generalfeldmarschall bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung diesen Mann zu Rate zieht, und sich so ein Urteil über ihn bildet. Sie wissen, daß ich auf diese Zeilen keine Antwort erwarte, sowie daß ich jederzeit zur Verfügung stehe, falls eine mündliche Ergänzung erwünscht wird. Mit bestem Gruß, sehr verehrter Herr v. Hindenburg, bin ich Ihr aufrichtig ergebener gez. Ciaß.

Dieser Brief ist ein zweifellos außerordentlich wichtiges Dokument, das neues Licht auf die Pläne des Herrn Ciaß und seiner Freunde wirft. Wenn Ciaß natürlich auch nicht dumm genug war, Hindenburg voll in seine Pläne einzuschreiben, schwer genug wäre er schon durch diesen Brief allein kompromittiert.

Man beachte dabei vor allem das Datum des Briefes. Im Januar 1926 hoffte Ciaß noch, Hindenburg den Alten mit Hilfe seines Sohnes herumzuführen. Der sollte mit Artikel 48 Hugenberg zum Diktator machen, und dann: Ciaß auf zur „Notverfassung“. Der Plan scheiterte damals vor allem an der Abneigung des Feldmarschalls gegen Hugenberg, den er absolut nicht ausstehen kann. Da sah man sich denn nach einem andern „Staatsmännischen Kopf“ um, und fand — Keumann.

Bei dem allen brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten. Genug jetzt zu wissen, daß dieser Brief so genau in die von uns vor einem Jahr nach dem dürftigen, damals bekannten Material erschlossenen Zusammenhänge paßt, als sei er uns damals schon bekannt gewesen. Was wir nicht ohne eine gewisse Genugtuung vermerken.

Wichtig ist ein anderes: Wenn Hindenburg auch in der Personfrage keine Neigung zeigte, den Ratschlägen des Herrn Ciaß zu folgen, in der Sache scheinen die Ciaßschen Argumente doch einen gewissen Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Es ist ja bekannt, daß er bei der Regierungsbildung damals recht deutlich mit dem Artikel 48 gedroht hat, was dem Sinn der Verfassung zum mindesten schroff widerspricht.

Die Entrüstung darüber war damals ganz allgemein; der Ruf nach eindeutiger gesetzlicher Garantie gegen eine derartige Uebergründung des Volkswillens erhob sich aus allen republikanischen Parteien. — Ein volles Jahr ist seitdem ins Land gegangen; geschehen ist nichts. Noch ein paar launige Mahnungen in der Presse und Ruhe herrscht in Trojas Hallen.

Hoffentlich dauert sie nicht so lange, bis der Reichstag eines Tages durch einen Leutnant und 10 Mann aus ihr aufgeführt wird — auf Grund des Artikel 48. Darum fragen wir bei dieser Gelegenheit wieder einmal Regierung und Reichstag:

Wie steht es mit dem Ausführungsgezet zu Artikel 48?

Scharfer Angriff auf die Mecklenburgische Regierung

Wieder mal Kommunisten und Deutschnationale verbündet

Schwerin, 28. Juni. (Eig. Ber.)

In der Dienstagssitzung des mecklenburgischen Landtages wurde das von der Regierung dem Landtag vorgelegte Kostengesetz über die weitere einstweilige Regelung des Staatshaushaltsplanes für das Geschäftsjahr 1927 dem Hauptauschuß überwiesen. Die Ausprache ergab, daß die Oppositionsparteien mit Einschluß der Kommunisten nicht bereit sind, der Regierung für weitere fünf Monate die Mittel des abgelehnten Haushaltsplanes zu bewilligen. Anträge auf weitestgehende Unterstützung der durch die Unwetterkatastrophen schwer Geschädigten aus Reichs- und Landesmitteln wurden ebenfalls dem Hauptauschuß überwiesen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung bereits alle Vorarbeiten für eine großzügige Hilfsaktion geleistet habe. Das Ministerium wird in den nächsten Tagen die Maßnahmen beschließen, die eine systematische Hilfeleistung für die Geschädigten erfordert. Dem Reichsausschuß wurde ein vollständiger Antrag, der die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Umwidmung des Erbschaftsteuers der öffentlichen Betriebe in das freie Eigentumsrecht fordert, überwiesen. Geschäftsordnungsmäßig wird ein Antrag der deutschnationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei, der Sozialisten und der Wirtschaftspartei eingebracht, der wie folgt lautet: „Der Landtag wolle gemäß § 3 der mecklenburgischen Landesverfassung beschließen: das Staatsministerium wird abberufen.“ Da dieser Antrag nach der Geschäftsordnung 3 Tage auf der Tagesordnung stehen muß, kann er erst in der nächsten Woche behandelt werden. Die Reichsparteien beschließen mit diesem Antrag den Rücktritt der Regierung zu erzwängen.

Der Mörder von Arensdorf

Er zeigt keine Reue

Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag hat folgende Große Anfrage eingebracht:

Am 25. Juni 1927 ist die Ortsgruppe Erfurt des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die gerade in einem Lastkraftwagen Arensdorf passiert hatte, von Angehörigen der Reichswehr überfallen worden. Nachdem der Zwischenfall bereits beigelegt war und die Reichsbannermitglieder den Kraftwagen bereits verlassen hatten, hat der Landwirtsjohn August Schmelzer mit einem Jagdgewehr in den dichtbesetzten Wagen mehrmals hineingefeuert. Das Reichsbanner hatte dabei einen Toten und zwei Verletzte zu beklagen.

Dieser Lieberfall und der Mord an dem Reichsbannerkameraden haben in weiteren Kreisen der Arbeiterklasse und der republikanischen Bevölkerung überhaupt eine ungeheure Erregung ausgelöst. Diese Erregung kann nur durch rechtliches Vorgehen gegen den Mörder und seine Helfershelfer beseitigt werden.

Wir fragen deshalb: 1. Ist das Justizministerium bereit, eine Dringende anzuwenden, die Untersuchung raschstens und vollständig durchzuführen? 2. Welche Maßnahmen gegen den Ministerium des Innern zu ergreifen, um ähnliche Lieberfälle auf die friedliebenden Teile der Bevölkerung ein für allemal zu verhindern?

Der preussische Justizminister hat für die Untersuchung des Mordes in Arensdorf dem Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. d. O. einen beim Generalstaatsanwalt beim Reichs-

Die Sozialdemokratie verlangt Durchführung des Volksbegehrens der Sparer

Abluß der Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstages

Die Anmeldefrist für Anleihealtbestiß wird verlängert

Der Rechtsausschuß des Reichstages führte am Dienstag die Beratung der zur Aufwertungsfrage gestellten Anträge zu Ende. Änderungen der Aufwertungsgeetze wurden nur noch in einem Punkte beschlossen. Es wurde nämlich im § 19 des Anleiheabstößungsgezetes die

Bedürftigkeitsgrenze für die Gewährung der Sparsparrente

nach dem Vorschlag der Regierungsparteien von 800 auf 1000 Mark Jahreseinkommen erhöht. Die Sozialdemokraten hatten 1200 Mark beantragt. Die vom Abgeordneten Dr. West zum Anleiheabstößungsgezet gestellten Anträge wurden sämtlich gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Der von der Sozialdemokratie gestellte Antrag, bei Versäumung der Anmeldefristen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn Gründe der Billigkeit es erfordern, hatte den Erfolg, daß der Reichsfinanzminister erklärte, er sei bereit, nachträgliche Anmeldungen von Anleihealtbestiß bis zum 31. August d. J. anzuerkennen, wenn der Besitzer nachweist, daß die rechtzeitige Anmeldung ohne sein Verschulden unterblieben ist.

Zur

Spartassenaufwertung

wurde eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution angenommen, wonach 1. in den Fällen, in denen die völlige oder teilweise Abhebung von Sparguthaben in Papiermark erhebliche Härten zur Folge hat, die Spartassen durch freiwillige Leistungen einen Ausgleich schaffen sollen; 2. auch die Spartassen, die ohne Gewährung eines Beitrags aus ihrem Vermögen oder dem des Garanten den Mindestaufwertungsatz von 12½ Prozent erreichen, einen Teil ihrer in den Jahren 1924/25 und 1926 erzielten Reinerträge zur Verstärkung der Teilungsmasse verwenden sollen.

Weiter wird die Reichsregierung durch Entschlüsse, die von allen Parteien vorgebracht waren, aufgefordert, dahin zu wirken, daß sich alle Länder der kürzlich zwischen dem Reich, Preußen und einigen weiteren Ländern andererseits einbarten Regelung anschließen und daß die Auszahlung der Aufwertungsbeiträge an die Gläubiger durch die Spartassen beschleunigt wird.

Nach Abschluß der materiellen Beratungen beantragten die Sozialdemokraten, die Reichsregierung zu ersuchen, den Beschluß des Reichskabinetts vom 10. August 1926, wodurch der Antrag des Sparerbundes auf

Zulassung des Volksbegehrens für eine Änderung der Aufwertungsgeetze

abgewiesen wurde, aufzuheben. Zur Begründung dieses Antrags wurde vom Abg. Reil ausgeführt, daß alle Versuche, das Unrecht der Aufwertungsgezetgebung im Rahmen des Möglichen, zu beseitigen, erfolglos geblieben seien. Wollte man die Kämpfe um die Aufwertung zu einem Abschluß bringen, so müsse nunmehr den Sparereorganisationen die Möglichkeit gegeben werden, das von ihnen beantragte Aufwertungsbegehren durchzuführen. Würde auch dieser Antrag abgelehnt, so erwachte dem Reiche die zwingende Pflicht, für eine ausreichende Versorgung der verarmten Sparrer Vorkehrungen zu treffen. Die Sozialdemokratie beantrage daher für diesen Fall, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag vor Ablauf des Jahres 1927 einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den von allen Vermögen, die am 1. Januar 1927 im Vergleich mit der Veranlagung zum Wehrbeitrag einen Zuwachs von wenigstens 10000 Mark aufweisen, sowie von den seit der Wehrbeitragsveranlagung neu entstandenen Vermögen eine einmalige Abgabe, steigend sowohl nach der Größe des Vermögens als des Vermögenszuwachses, vorgeschrieben wird. Vermögen bis zu etwa 30000 Mark sind von der Abgabe freizulassen.

Das Ergebnis dieser ratenweise auf eine Reihe von Jahren zu verteilenden Abgabe ist zu verwenden für

1. eine ausreichende Versorgung der Kleinrentner auf Grund eines ihnen reichsgesetzlich zu gewährenden Rechtsanspruches;
2. eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Sozialrentner.

Dem vom Abg. Dr. Wunderlich gegen den ersten Antrag der Sozialdemokraten erhobenen Einwand, daß das Verlangen nach Aufhebung des Kabinettsbeschlusses verfassungsmäßig unzulässig sei, begegnete Landsberg (Soz.) mit der Feststellung, daß auch die Vertreter der Regierungsparteien den Kabinettsbeschuß in rechtlicher Beziehung beanstanden hätten. Aufgabe des Reichstages aber sei es, darüber zu wachen, daß die Reichsregierung die Verfassung nicht verleihe. Beide sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, und schließlich ein von den Demokraten beantragte Entschluß angenommen, in der die Regierung ersucht wird, dem Reichstag bis zum 1. Oktober eine neue Denkschrift vorzulegen über die möglichen finanziellen Ergebnisse eines Steuergezetes, das die seit der Veranlagung zum Wehrbeitrag entstandenen Vermögensvermehrungen erfasst. Die Deutschnationalen und die Volkspartei enthielten sich bei dieser Entschlußung der Stimme.

ausgelachte Justizminister

Daubet vor der Kammer

Paris, 29. Juni (Radio)

Zum Schluß der Dienstagssitzung der Kammer kam die sozialistische Interpellation über die Befreiung Daubets zur Sprache. Unter großer Heiterkeit des Hauses kritisierte der sozialistische Abgeordnete Ulysse das völlige Versagen der Regierung und überschüttete den Justizminister Barthou mit beißendem Spott, wodurch zeitweise Salven der Heiterkeit ausgelöst wurden. Der Ausprache wohnte auf der Tribüne der gleichzeitig mit Daubet befreite Kommunistenführer Semard an der Seite des Direktors der Action Francaise den Verhandlungen bei. Auch der Abgeordnete Lafond unterstützte die Lächerlichkeit, der sich die Regierung ausgeliefert habe. Der Justizminister Barthou beantragte Verschiebung der Beipruchung und stellte, wie es Ulysse vorausgesetzt hatte, unter großer Heiterkeit des Hauses die Vertrauensfrage. Demensprechend beschloß die Kammer mit 350 gegen 165 Stimmen die Vertagung der Interpellation. Der Immunitätsauschuß der Kammer hat mit 6 gegen 5 Stimmen die von der Regierung beantragte Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Doriot abgelehnt.

Die französischen Sozialisten zum Heeresgezet

Die Beschlüsse des Nationalrats

Paris, 27. Juni (Eig. Drahtber.)

Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat am Montag die Diskussion über die Stellungnahme der Partei zum Mobilmachungsgezet Paul Boncour durch beinahe einstimmige Annahme einer Entschlußung beendet, die von einer Spezialkommission nach vierstündiger Diskussion ausgearbeitet worden ist. Die Entschlußung beginnt mit der Feststellung, daß Änderungen, die der Senat am Gesetzentwurf vorgenommen hat, es der Partei zur Aufgabe mache, den parlamentarischen Vertretern genaue Richtlinien für ihr Verhalten bei der Endabstimmung zu geben. Die Parlamentarier werden deshalb beauftragt, alle Anstrengungen zu machen, um die hauptsächlichsten Auffassungen zu verteidigen, die während des Krieges für die sozialistische Partei maßgebend waren, nämlich folgende:

Die Mobilmachung darf nur auf Grund eines Parlamentsbeschlusses verfügt werden.

Die kapitalistischen Unternehmungen werden im Kriegesfalle beschlagnahmt, Kriegsgewinne sind verboten und der gesamte Versorgungsdienst der Armee muß zentralisiert werden. Die volle Handlungs- und Beschlußfreiheit des Parlaments muß im Krieges weiterbestehen, sämtliche Franzosen sind im Mobilmachungsfall gleich.

Falls die Bemühungen der sozialistischen Parlamentarier in allen den obengenannten Punkten auf den steigenden Widerstand anderer Parteien stoßen sollten, wird die sozialistische Parlamentariergruppe beauftragt, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Diese Entschlußung wurde mit 2992 gegen 208 Stimmen angenommen. 163 Stimmen fielen auf eine extreme Entschlußung, die das Prinzip der nationalen Verteidigung selbst ablehnt. Vor der Abstimmung kam es zu einer erregten Aussprache zwischen Tromski und Leon Blum, da der letztere verlangte, daß die Parlamentariergruppe selbst dann gegen den Entwurf stimmen müßte, wenn auch nur ein Punkt der obigen Entschlußung von der Kammermehrheit verworfen würde. Blum, unterstützt von Paul Boncour und Renaudel, sprach sich klar gegen eine solche Stellungnahme aus, die eine praktische und nützbringende parlamentarische Tätigkeit unmöglich mache. Schließlich drang seine Auffassung durch. Tromski erklärte aber, daß er gegen die Entschlußung stimmen werde.

mergericht beschäftigten Staatsanwaltschaftsrat beigeordnet. Der Untersuchungsrichter in Frankfurt a. d. O. wird sich ausschließlich der Aufklärung dieses Sachverhalts widmen und von seinen sonstigen Dienstgeschäften entlastet werden. Die Untersuchung wird also mit allen zu Gebote stehenden Kräften gefördert werden.

Gegen die Entlassung der dem Amtsgericht Münchenberg vorgeführten Beschuldigten Hoffmann und Jemke hat der Oberstaatsanwalt Beschwerde an die Strafkammer in Frankfurt a. d. O. eingelegt.

Die Strafkammer in Frankfurt a. d. O. hat die Haftbeschlüsse der Angeklagten Schmelzer verworfen und den Haftbefehl wegen dringenden Verdachtes des Mordes aufrechterhalten.

Im Städtischen Krankenhaus in Frankfurt a. d. O. hat die Obduktion der Leiche des ermordeten Karl Tische stattgefunden. Sie ergab, daß die tödlichen Schüsse, wie schon bereits mitgeteilt, von Kopfseiten hertröhren. Die Kopfseiten haben beide Lungenflügel durchschlagen, das Rückgrat durchbohrt und sind dann in der Haut stecken geblieben.

Der Mörder Schmelzer wurde der Leiche gegenübergestellt. Er zeigte keine Reue, sondern trug vielmehr ein freches Benehmen zur Schau.

Sein Bundesvorstand des Reichsbanners ist folgendes Telegramm eingegangen:

Mit tiefer Entrüstung haben wir von dem feigen Nordüberfall reaktionärer Regierungen auf eine Reichsbannerkassette in Arensdorf Kenntnis erhalten. Wir beklagen mit Euch den Kameraden Tische, das Opfer des blutigen Terrors der Reaktion. Wir ersuchen Euch, am Grabe des Kameraden Tische einen Kranz in unserem Namen niederzulegen und bitten, den verwundeten Kameraden unsere Sympathie zum Ausdruck bringen zu wollen.

Für den Republikanischen Schutzbund Oesterreichs
Julius Deutsch.

Mißtrauensantrag der Labour Party gegen die englische Regierung

Macdonald wird sprechen

London, 28. Juni (Eig. Drahtber.)

Die Fraktion der Arbeiterpartei hat am Dienstag einen durch die Oberhausrezensionspläne der Regierung veranlaßten, in scharfen Worten gehaltenen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht. Die Resolution drückt eingangs das Bedauern darüber aus, daß die Regierung Pläne vorgebracht hätte, welche die Vertagung im Interesse der konservativen Partei zu veranlassen suchten. Der Mißtrauensantrag führt dann weiter fort: Der Plan der Regierung stimmt dem Unterhaus jede Kontrolle über die Finanzen, welche es seit Jahrhunderten besessen hat. Er befreit das Oberhaus aus der Fesseln der Erblichkeit und macht es zum Oberhaus der Nation, das die Verantwortung einer solchen Kontrolle durch das Parlament ausüben soll. Dieser Mißtrauensantrag wird von Ramsay Macdonald, welcher noch keiner dreimonatigen Entlassung mit Beginn des nächsten Monats auf keinen Posten als parlamentarischer Führer der Arbeiterpartei ernannt ist, im Laufe der kommenden Woche im Unterhaus eingebracht werden.

Die Weltwirtschaftskonferenz und ihre „Erfolge“

Von Alfred Bauenthal

Es war überraschend, mit welcher Teilnahmebereitschaft die Öffentlichkeit die Genfer Weltwirtschaftskonferenz über sich ergehen ließ. Und doch war diese Gleichgültigkeit auch wieder verständlich und wohl verdient angesichts des völligen Mißerfolges ihrer Vorgänger, der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel und der großen Paradedemonstration von Genoa. Seit diesen Erfahrungen hat sich in der Öffentlichkeit die Überzeugung tief eingewurzelt, daß alles, was auf solchen Konferenzen gesagt wird, nur schöne Worte sind, das Handeln der kapitalistischen Wirtschaftsführer von ganz anderen Motiven bestimmt wird: von den engen schlecht verstandenen nationalen Interessen oder vielmehr von den wohlverstandenen Profitinteressen der nationalen Bourgeoisie.

Und war es diesmal etwa anders? Konnten wir nicht wieder innerhalb weniger Tage ein Musterbeispiel der Wirkungslosigkeit solcher Konferenzen erleben? Dennoch wäre nichts verzehtlicher als den Ereignissen, die sich auf der Weltwirtschaftskonferenz abspielten, jegliche Bedeutung abzuspochen. Es kommt ihnen sogar eine große, nämlich eine symptomatische Bedeutung zu, und es darf das moralische Gewicht, welches den Empfehlungen der Konferenz innewohnt, nicht unterschätzt werden. Um dieser moralischen Bedeutung willen, vor allem für die proletarische Wirtschaftspolitik, erscheint es notwendig, die wichtigsten Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz kurz zusammenzufassen und zu würdigen.

Von dem Verlauf der Konferenz interessierten die Öffentlichkeit am stärksten die Ereignisse, die mit der „Russenfrage“ zusammenhängen. Freilich war dieses Interesse zum großen Teil künstlich von den Genfer Pressekorrespondenten geweckt worden. Sie brauchten einen sensationellen Stoff, den sie der europäischen Öffentlichkeit aufstischen konnten, um in die etwas trodene Materie der Beratungen Abwechslung hineinzubringen. In Wirklichkeit spielten alle diese Vorgänge einschließlich der Reden der russischen Delegierten keine besondere Rolle im Rahmen der Konferenz selbst. Bedeutungsvoll war nur ein Ereignis: die Anerkennung des sozialistischen Wirtschaftssystems durch die Konferenz, die in der schüchternen und undeutlichen Wendung „ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer wirtschaftlichen Systeme“ zum Ausdruck gebracht wurde.

Wichtig für den eigentlichen Konferenzzweck war schon die Stellungnahme zu der Frage der internationalen Kartelle.

Vor allem wegen der starken Differenz, die zwischen den Erwartungen, mit denen die einzelnen Teilnehmergruppen der Entscheidung in dieser Frage entgegenstehen, und dem Ergebnis. Das französische Großkapital hatte schon seit mehr als einem Jahre die Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz vor allem zu dem Zweck angebahnt, die Koferenz zu einem Propagandamittel für die internationalen Kartelle zu machen. Die Konferenz sollte die internationale Kartellierung als Allheilmittel für die schweren Wirtschaftsnöte anpreisen, unter denen Europa seit dem Kriege mit fast unverminderter Stärke leidet. Denn von der Entwicklung des internationalen Kartellwesens versprach sich das französische Kapital eine wesentliche Ausdehnung seiner Machtsphäre in Europa. Auf der anderen Seite arbeiteten die Arbeiterdelegierten in Genf darauf hin, die Konferenz zur Schaffung oder zumindest zur Anregung einer internationalen Kartellkontrolle zu bewegen, die dem Mißbrauch der ins Ungeheure gesteigerten internationalen Monopolmacht entgegenzutreten könnte.

Nichts von beiden trat ein. Die französischen Propagandisten der internationalen Kartellierung erlitten eine schwere Enttäuschung. Die monopolistischen Einwirkungen der internationalen Schwereisenerkartelle auf die Preise sind deutlich sichtbar und zu unheilvoll, als daß die Konferenz es hätte wagen können, vorbehaltlos die internationalen Kartelle als Allheilmittel anzupreisen. Im Gegenteil, sie nahm eine ausgesprochene feile Stellung zu ihnen ein. An der entscheidenden Stelle der Resolution über die internationalen Kartelle heißt es von ihnen, daß ihre Entwicklung „als nützlich oder schädlich betrachtet werden muß, je nach dem Geist, der die Richtung und Durch-

führung dieser Abkommen leitet und insbesondere nach dem Ausmaß, in dem sich ihre Leiter mit der Rücksicht auf das Gesamtwohl durchdringen.“ Welchen Kartellen diese Anspielung gilt, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden. Sie ist um so deutlicher, als prinzipialistischen Kartellen, mögen sie nun national oder international organisiert sein, bekanntlich nichts ferner liegt als die „Rücksicht auf das Gesamtwohl“.

Andererseits vermochten aber auch die Arbeiterdelegationen ihre Forderungen nicht im entferntesten durchzusetzen. Die Konferenz hatte nicht den Mut, auch nur die bescheidensten Kontrollmaßnahmen gegen die internationalen Kartelle zu empfehlen, geschweige denn die Schaffung einer internationalen Kontrollkommission. Gerade in dieser Frage, in der eine internationale Wirtschaftskonferenz am ehesten eine weitreichende Entscheidung hätte treffen können, zeigte sich die Ohnmacht aller bisherigen kapitalistischen Bestrebungen zur Durchführung internationaler Wirtschaftsanktionen am deutlichsten.

Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die Arbeitervertreter in einer anderen aktuellen Frage der Industriewirtschaft einen wichtigen Erfolg für sich buchen können: in der Rationalisierungsfrage.

Nachdem die Konferenz festgestellt hatte, daß die Vorteile der Rationalisierung für die Gesamtwirtschaft allseitig anerkannt werden, stellte sie eine Reihe sozialer Forderungen für die Durchführung der Rationalisierung auf. Sie stellen eine so wichtige Waffe für die gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterschaft dar, daß sie im Wortlaut wiedergegeben werden sollen. Er lautet:

„Die Rationalisierung muß mit der nötigen Vorsicht durchgeführt werden, um nicht die berechtigten Interessen der Arbeiter zu beeinträchtigen; bei der Inangriffnahme des Prozesses müssen die notwendigen Maßnahmen vorgezogen werden für den Fall, daß die Durchführung der Rationalisierung in ihrer ersten Phase die Freisetzung von Arbeitskräften oder eine härtere Form der Arbeit mit sich bringen sollte. Die Rationalisierungsaktion soll ferner bei allem, was die eigentliche Organisation der Arbeitstätigkeit selbst betrifft, die Mitarbeit der Belegschaften und die Unterstützung der Berufsorganisationen . . . aufrechten.“

Der Angelpunkt der Weltwirtschaftskonferenz aber war das Problem der Handelspolitik.

Und es muß zur Ehre der Konferenz gesagt werden, daß ihre

Beurteilung dieses Fragenkomplexes an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Nahezu in allen Reden, die im Plenum gehalten wurden, und in allen Entschliessungen fand ihr Standpunkt den stärksten Ausdruck. Schon die Einleitung zu den Entschliessungen weist auf den unheilvollen Anteil hin, den die Verschärfung der handelspolitischen Gegensätze an der Wirtschaftsnot Europas hat. Mit rücksichtsloser Offenheit wird in den Entschliessungen zu wiederholten Malen die wahrlichige Selbstzerfleischung Europas durch die Handelspolitik, die seine Staaten treiben, geoffenbart. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang die scharfe Beurteilung der sogenannten „Berha ndlungszölle“, die bekanntlich von den bürgerlichen Regierungen Deutschlands seit 1925 mit Leidenschaft getrieben wird. Mit schlagenden nationalökonomischen Argumenten geißelte die Konferenz den Wahnsinn dieser Zollpolitik.

Die handelspolitischen Entschliessungen der Konferenz gipfeln in der eindringlichen Mahnung an alle Staaten, sich endlich von ihrer unheilvollen Hochschutzzollpolitik abzuwenden und mit dem allmählichen, aber energischen Abbau der überzogenen Zollpositionen Ernst zu machen. „Die Konferenz ist davon überzeugt“, heißt es an einer Stelle, „daß eine Rückkehr zur wirklichen Freiheit des internationalen Handels eine der grundlegenden Bedingungen der Weltwirtschaft ist.“

Für Deutschland besonders aktuell ist die Stellung, die die Konferenz zu den landwirtschaftlichen Fragen einnahm. Charakteristisch dafür ist schon, daß in den handelspolitischen Resolutionen die Agrarzölle ausdrücklich in das vernichtende Urteil eingeschlossen sind, das die Konferenz über die Industriezölle fällt. Noch wichtiger aber ist, daß auch in den Entschliessungen, die von der landwirtschaftlichen Kommission vorgelegt wurden, zwar eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft vorgeschlagen wurden — erfreulicherweise legte die Konferenz großen Nachdruck nicht nur auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, sondern auch auf das Zusammenarbeiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konjunktionsgenossenschaften —, die Agrarzölle jedoch, die unsere Agrarier als das Allheilmittel für alle Nöte der Landwirtschaft proklamieren, befanden sich nicht unter diesen Maßnahmen. Im Gegenteil,

die Konferenz empfiehlt in ihren landwirtschaftlichen Resolutionen, daß die Schutzzölle sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft auf das unentbehrlichste Mindestmaß zurückgeführt werden sollen.

Diese gedrängte Uebersicht dürfte genügen, um die einleitenden Ausführungen über die moralische Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz für die Arbeiterschaft zu illustrieren. Die Konferenz hat ein förmliches Arsenal von Argumenten, insbesondere für ihren handelspolitischen Standpunkt geliefert. In allen handelspolitischen Kämpfen, die uns noch bevorstehen, werden wir die moralische Autorität der Weltwirtschaftskonferenz hinter uns haben.

Andererseits liefern uns aber die Ereignisse in Deutschland unmittelbar nach dem Abschluß der Weltwirtschaftskonferenz einen prächtigen Anschauungsunterricht für die materielle Ohnmacht aller internationalen Konferenzen gegenüber den Profitinteressen der nationalen Bourgeoisie in den einzelnen Ländern: die von der deutschen Regierung ernannte Delegation hat in Genf einstimmig für alle Resolutionen gestimmt. Die deutsche Regierung war die erste unter den Regierungen der größeren Länder, die sich vorbehaltlos für die Anerkennung der Entschliessungen der Konferenz aussprach. Und fast mit demselben Atemzug sagte die Reichsregierung den Beschluß, die Zölle auf einige wichtige Nahrungsmittel empfindlich zu erhöhen. Man ist über so viel Kühnheit und Mut fassungslos. Man sieht: wo es um die „heiligsten Güter“ der Großagrarier geht, da müssen alle Rücksichten schweigen, da geht alle Scham vor die Hunde, da entpuppt sich die bürgerliche Phrasologie, die von Volks- und Weltwohlfahrt spricht, wo sie Kapital- und Bodenrente meint, in ihrer ganzen erbärmlichen Verlogenheit. Für die deutsche Arbeiterschaft aber ist dieser Kontrast zwischen Worten und Taten eine gute Lehre, vor allem für die Hunderttausende unter ihnen, die noch immer dem Zentrum nachlaufen, demselben Zentrum, das von Demokratie und internationaler Versöhnungspolitik spricht, in seinen politischen Handlungen aber die großkapitalistisch-großagrarische Oligarchie und ihre Politik der Verschärfung der internationalen Gegensätze unterstützt.



Gen. Eggert
der Vertreter der deutschen Gewerkschaften auf der Weltwirtschaftskonferenz

Frau Sirta

Ein Roman aus den Bergen
Von Ernst Zahn

11. Fortsetzung

Während sie das noch sprach, fiel ihr ein: Wenn die Ottilie einen Vater hätte, der ihr ein Freund wäre! Sie selbst hatte es nicht so gut gehabt. Sie richtete die Augen auf Markus. Sie hatte sich in seine Gesellschaft hinein gelebt, sich an ihn gewöhnt. Sie wußte, daß etwas an ihm war, was sie anzog. Gefühle erwachten, die seit einiger Zeit schon, ihr noch kaum bewußt, sie behelligt hatten. Sie hatte sich auf einmal auf dem Gedanken ertappt, ob Markus nicht der Nachfolger für den werden könnte, den sie ohne Land begraben? Aber sie fiel kein mannstüchtiges Weib. Sie hatte Gewalt über sich. Und sie hielt ihr Herz auch jetzt fest in der Hand. Sie spürte, daß es schlug, aber das raube ihr die klare Ueberlegung nicht. Der da ihr gegenüber war jünger als sie! Er war ein Nörgelbier und Nörgelbier. Die Leute würden sagen, daß sie einen Knecht —

„Ja meine, die böse Welt zu erleben ist immer noch besser, als aus ihr ausgeschloffen zu sein“, unterbrach hier Markus ihre Nachdenken, wiederholend, was er ihr mit Bezug auf Ottilie schon einmal gesagt.

Und Frau Sirta war wiederum betroffen. „Also gegen meine Ueberzeugung, meint Ihr“, sagte sie, „sollte ich dem Kind den Willen tun?“

„Ja“, antwortete Markus kurz. „Im Grunde war ihm die Unbekannte im Kloster gleichgültig; sie nahm vor seinem Blick nicht Gestalt an. Sie kümmerte ihn nicht. Er hörte Frau Sirtas Atem gehen. Das regte ihn auf. Die Leute redeten, dachte er. Und hier sahen sie nun wieder allein.“

Frau Sirta schwieg. Sie dachte noch an die Ottilie. Aber auch sie bedrückte die eingetretene Stille.

Beide überkam das scharfe Gefühl, daß sie aufstehen und unter irgendeinem Vorwand auseinander gehen sollten. Aber keines ließ den Gedanken zur Tat werden.

Minuten vergingen. Hemmungen schwächten sich ab. War es nicht doch ganz behaglich, so friedlich beisammen zu sitzen? Frau Sirta fand einen Augenblick in Versuchung, die Hand auszustrecken und etwa so zu sagen: Ich bin froh, daß Ihr da seid, Markus. Und ich hoffe, daß Ihr lange bleibt. Sie tat das nicht. Es war nicht ihre Art, aus sich heraus zu kommen.

Dann pochte es an die Tür. Die Anna rief Frau Sirta in die Wirtschaft hinunter. Diese erhob sich. Aber als sie aufstand, bot sie Markus doch ihre Rechte. Sie sprach nicht. Sie dachte nur fest zu. Ungefragtes wurde verständlich.

Von da an wußten sie, daß sie vielleicht ein Paar werden würden. Sie wußten und erwogen es.

Frau Sirta kam bald zur Klarheit über sich selbst. Sie hatte nie zuvor diese Unruhe, dieses Auf und Ab von Freude und Angst in sich gespürt. Sie gestand sich frei, daß sie diesen megelosen zerfahrenen Menschen, dessen bisherige Laufbahn alles andere als ein Erfolg gemessen, der blindlings ausgezogen und willenlos hier hängen geblieben, gerne bei sich behalten würde. Und sie war entschlossen, in Erfahrung zu bringen, was er von ihr dachte.

Markus, der Himmelsgucker, schwankte und zögerte. Manchmal bestiel ihn eine jähe Angst vor Ketten. In gewissem Sinne gehörten Frau Sirta und ihre Umgebung schon zu seinem Leben. Warum sollte er nicht wie bisher, ihr ein freier Knecht, fast ein Sohn, neben ihr bleiben? Aber ihr mehr zu sein, diese Frau zu sich zu nehmen, sich lebenslang zu binden? Er schreute immer noch darüber zurück. Und als ihm aus kleinen Anzeichen eine Ahnung aufging, daß in jener das Weib sich entzünden könnte, ließ ihn das festam ab. Mehr als einmal noch ging er mit zorniger Miene beiseite.

Frau Sirta bemerkte es. Die Scham stieg ihr ins Gesicht. Auch ihrerseits zurückgetreten, überließ sie ihn eine Weile sich selbst. Er konnte sich keines Vorzugs mehr rühmen.

Eines Morgens auf einem Ritt trant Markus eiskaltes Wasser und kam schwerkrank ins Brückehaus zurück. Er litt fürchterliche Qualen, konnte sich kaum mehr aufrecht halten und taumelte gleich einem Veralteten in die Stube Gäste saßen an den Tischen. Die Kellnerin bediente sie und Frau Sirta unterhielt sich mit einigen von ihnen.

Markus nahm sich zusammen. Er trat an den Schantisch und hat die Anna heimlich um ein Glas Brantwein. Frau Sirta aber war heilföhrig, wenn es sich um ihn handelte. Seine Stöße fiel ihr auf. Sie erhob sich und sah ihn schärfer an. War er betrunken? dachte sie und in ihr krampte sich etwas zusammen. Sie hatte böse Erinnerungen.

Er leerte haltig sein Glas.

Sie hörte ihn leise stöhnen. Da folgte sie ihm, als er die Stube verließ.

Er tat nur wenige Schritte. Dann mußte er sich an der Wand halten damit nicht umfiel.

„Was ist Euch“, sagte die Wirtin.

„Ich habe eine Krankheit begangen“, antwortete er mühsam. „Man sollte alt genug und vernünftiger sein. Ich war heiß und trant Wasser aus dem Alpsteinbach.“

„Also Gis“, sagte Frau Sirta.

Und als es ihn schüttelte, nahm sie ihn hart beim Arm und führte ihn nach seiner Kammer.

Er fühlte, daß sein Leben an einem Faden hing. Ein dumpfer Wille zum Widerstand erfüllte ihn. Während er aber

davon nicht sprechen konnte, weil er sich nicht feig zeigen wollte, empfand er eine Art Beruhigung, daß mit Frau Sirta jemand an einer Seite war, der einen nicht im Stich ließ.

Die Rotmündin kannte die Gefahr, die in den Gletschermässern liegt. Sie trat rasch und sicher ihre Maßregeln. Sie legte den Kranken selbst in heiße Tücher und reichte ihm heiße Getränke. Eine geschulte Wärterin konnte seiner nicht besser pflegen. Seine Schmerzen wuchsen aber noch. Er biß die Zähne zusammen, damit er nicht schrie.

Die Kellnerin trug es unter die Knechte und Mägde, daß er zugrunde gehen werde. Sie war erregt. Sie hatte gedacht, daß Frau Sirta den Markus pflege, als ob er ihr schon angetraut wäre. Aber in der Angst um ihn vergaß sie, das weiter zu schwören.

Frau Sirta zeigte nicht, daß auch ihr ein Schreden wie Fieber durch den Leib fuhr. Nur ihre Rasenflügel bebten. Sie fandte eine Depesche ins Tal. Dann beschafte sie den Sperber vor den leichten Einpänner zu schirren. Und plötzlich trat sie wieder bei Markus ein.

„Ich kann es Euch nicht ersparen“, sagte sie. „Ihr müßt ins Spital. Nur eine Operation kann Euch retten.“

Er wollte sich abwenden; er dachte, daß er es nicht fertig brächte, vom Bett noch einmal aufzustehen, noch viel weniger die Fahrt ins Tal zu machen.

Aber Frau Sirta reichte ihm schon die Kleider.

Dann packte es ihn, daß er fast gegen den eigenen Willen sich aufrichtete und, von Fieber geschüttelt, sich zurecht machte.

Beim Pferd vor der Tür stand ein Knecht, neben ihm Pantzag Danjosth.

Die Rotmündin führte Markus heraus, die Hand unter seinem Arm. „Hast du den Enzian?“ fragte sie Pantzag.

Der reichte ihr die Flasche mit dem Saft, den er selbst brannte. Dann wandte sie sich kurz gegen das Haus zurück, wo Anna und andere Leute auf der Schwelle erschienen waren. „Seht zum Rechten, bis ich wiederkomme“, sagte sie kurz, und schon sah sie Markus auf den Wagen, setzte sich neben ihn und ergriff die Zügel. Sie fragte niemand um Rat. Sie wußte, was einzig zu tun möglich war. Und niemand hatte zu Einwand oder Bedenken Zeit. Selbst Markus, der müde und von Schmerzen morst war, überließ sich ihr willig.

Es geschah während der Fahrt, daß ihm der Kopf an ihre Schulter sank. Da legte sie den linken Arm um ihn wie um ein Kind und lenkte mit der rechten das Pferd.

Als sie so allein miteinander waren, spürten sie erst, wie sie in den vergangenen Wochen aus den Reichen der übrigen herausgetreten und schon eine Art Kameraden geworden waren.

(Fortsetzung folgt)

Freistaat Lübeck

Mittwoch, 29. Juni

Sommerfest bei feinen Leuten

Kein Wölkchen steht am Himmel hoch;
Die Linde duftet . . . muß je auch.

Der Mond ist künstlich angebracht,
der macht beliebig Vollmondnacht.

Es spielt sein Licht auf kleinen Seen,
wie auch auf ausgestopften Reh'n.

Ein Frauchen ruft mit süßem Schall:
Geh, Mag, bring doch die Nachtigall!

Es wird die Nachtigall gebracht;
es steigt der Mond, es rauscht die Nacht.

Das goldne Abendrot verflinkt,
Hier waltet Segen . . . unbedingt.

Peter Schar

Am Meer

O wunderbare Weite! Ganz eben liegt vor den Blicken die See. Selbst wenn der Sturm das Wasser aufwühlt und die Wellen hoch aufschäumen, so sind sie doch winzig klein gegen die große, bis an den Himmelstrand reichende Fläche des Meeres. Gewaltig berührt die ferne, ausgebreitete Wägerechte des Horizontes das Menschenherz. So groß ist das Meer, daß etwas von seiner Unendlichkeit überströmt in die Seele und die Alltagsorgen eine Zeitlang vergessen macht.

Leise schlagen bei schwachem Winde die Wellen an den Strand. Immerzu wiederholt sich das gleiche Spiel: die Wogen rollen heran, bilden weiße Schaumköpfe, überstürzen sich und fluten über Steingeröll, Tang und weißen Sand. Schnell treibt ihr Wasser zurück, durch eigene Schwerkraft gezogen; der Strand wird einen Augenblick trocken, und schon nähert sich der nächste Wellenberg. Immer wieder kann man dem anziehenden Wellenspiele zusehen, immer neue Bilder tun sich dem Auge dar. Und das Ohr vernimmt die Musik des ewigen Rauschens und Brandens, so schön in seinem Rhythmus und seinem Un- und Abschwellen, daß man gut tut, für ein Weilchen die Augen zu schließen, um allein die Einbrüche des Gehörs in sich aufzunehmen.

Und manchmal gibt es Stunden, in denen der Meergeist sich zur Ruhe legt. Kein Lüftchen regt sich; das Wasser ist klar, und der Grund wird sichtbar. Quallen treiben in der grünen Flut, und zwischen den Pfählen der Landungsbrücken huschen Fische hindurch. Dann wirft das Wasser die Sonnenstrahlen zurück, daß alles flimmert und spiegelt.

Aber auch wenn es am aufgeregtsten ist, im Sturm, ist das Meer erhaben und schön. Wild reden sich die Köpfe der Wogen auf und auch beim Niederbrechen zeigt sich ihre gemaltige Kraft. Gischtstreifen schwimmen in langen Ketten. Wo sich Hindernisse in den Weg stellen, spritzen Wasser und Schaum hoch empor, und dann wie ein Regen niederzufallen. Was aber nicht nies- und nagelst ist, fällt der See zum Opfer. Lange noch, nachdem der Sturm sich legte, donnert und tobt die Brandung.

Wunderschön ist der Sonnenuntergang am Meer. Wenn der Himmel ganz in Purpurrot gehüllt ist und die See das Abendgold der Scheidenden Sonne zurückstrahlt, so ergibt sich ein Farbenspiel, wie es nirgends sonst zu finden ist. In klaren Nächten ist der Sternenhimmel über die weite Fläche gespannt, und des Mondes Licht glänzt silber auf den Wogen.

Am Tage freien weißgeschwungte Löwen über Wasser und Strand. Seeschmalen eilen durch die Lüfte. Regenpfeifer flöten, und blaue weiße Vachtelzen wippen auf den Steinen tierlich mit dem Schwänzchen.

Stundenweit am Strande entlang zu wandern, nichts zu

hören als die Melodie der Meeresbrandung und die Töne des Wassergegels, das gehört zu den schönsten Freuden des Naturfreundes.

Seit Jahrtausenden hat immer wieder das Meer den Menschen angezogen. Man hat für die Bedürfnisse der bestehenden Klassen in unserer Zeit Luxusbäder angelegt mit Tanzplätzen, Promenadenkonzerten und allem möglichen Komfort. Die Gäste verlangen es, sie wollen ihre Zerstreuung haben. Millionen von Proleten aber verkommen währendes in stickigen Fabriken und dumpfen Hinterhöfen. Ihre Sehnsucht nach der Meeresweite bleibt zeit lebens ungestillt.

B-tt.

Die Arbeitslosen

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosensicherung betrug am 15. Juni rund 598 000 (männlich: 480 000, weiblich: 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich: 523 000, weiblich: 125 000) am 1. Juni und 743 000 (männlich: 603 000, weiblich: 140 000) am 15. Mai. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni beträgt also rund 50 000 = 7,7 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni zurückgegangen und zwar um weitere rund 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni rund 208 000 (männlich: 167 000, weiblich: 41 000) gegenüber 226 000 (männlich: 182 000, weiblich: 44 000) am 15. Mai.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni von 969 000 auf 806 000, also um rund 163 000 = 16,8 Prozent verringert.

Rundgebung des Deutschen Beamtenbundes

Zur Beförderungsreform

Nun hielt auch der D. B. B. den Zeitpunkt für gekommen, an dem man öffentlich Forderungen und Wünsche zu der seit Jahren versprochenen Neuregelung der Beamtenbeförderung aussprechen müsse. Bekanntlich hatte der Deutsche Beamtenbund noch vor gar nicht langer Zeit ein solches Beginnen als unzeitgemäß hingestellt und entsprechende Maßnahmen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes als *Kellametrie* bezeichnet. Montag war der Tag gekommen, an dem nach der Meinung des D. B. B. einmal ein starkes Wort gesagt werden müsse, nachdem andere Wege nicht zum Ziele geführt haben, und so lud der D. B. B. mit kurzer Frist zu einer Beförderungsrundgebung am Montagabend in den Zentralhallen ein.

Die Versammlung fand im Anschluß an die Dienstzeit 6 1/2 Uhr statt und war insoweit gut besucht. Bedauerlich war, daß der Referent, Herr *Crosmühl* - Hamburg, um 7 Uhr abreisen mußte und so für seine Ausführungen kaum 40 Minuten zur Verfügung hatte. Der Redner gab eine chronologische Schilderung der Beamtenbeförderung, die in der letzten Zeit über die Neuregelung der Beamtenbeförderung geführt worden sind, und ließ seinem Unwillen starken Ausdruck, daß die Regierungen und alle Parteien nichts für die Beamten übrig hätten. Darum hat der D. B. B. diese „unter Druck gefeiert“, er hat in ultimativer Form Beförderungen verlangt und dergleichen mehr. Bis die Erhöhung der Bezüge Wirklichkeit wird, haben Groß- und Kleinhändler schon durch entsprechende Preiserhöhungen die Aufbesserungen illusorisch gemacht. Die nächsten Wahlen werden den Parteien die Diktierung für ihr Verhalten den Beamten gegenüber erleiden. Die Beamten erwarten für sich dasselbe Entgegenkommen, wie es anderen Volksgenossen in ähnlichen Fällen zuteil wird; ein Staat, der seine Beamten nicht ausreichend besolden kann, hat seine Existenzberechtigung verloren.

Soweit der Referent, aus dessen zum Teil zutreffenden Feststellungen Genosse *Frost* in der Ausprache die notwendigen Folgerungen zog. Warm legte sich dieser Redner namentlich für die unteren und mittleren Beamten ins Zeug, deren Notlage die größte sei. Unter Eingehen auf die Lübecker Verhältnisse bedauerte Genosse *Frost* das Vergehen des D. B. B. und forderte für Aktionen wie die jegliche eine breitere Basis auf Beamtenseite. Fallscher Standesdünkel hielte die Beamten immer noch davon ab, im Einvernehmen mit anderen Arbeitnehmern, namentlich auch auf gewerkschaftlichem Gebiete, Wege zur

rettung zu suchen. Hier sei den Beamten ein Mittel in die Hand gegeben, sich selbst zu helfen.

Ein weiterer Redner betonte die Notlage aller Gruppen, ein anderer die der unteren besonders. Alle Redner, auch der Referent wie Prof. *Freinig* im Schlußwort, forderten erhöhte politische Aktivität der Beamten in den Parteien.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung, deren wesentlicher Inhalt dem Haushaltsausschuß des Reichstags telegraphisch übermittelt wurde, heißt es: Die Lübecker Beamtenenschaft wird es nicht dulden, daß man weiter in so unverantwortlicher Weise (Versprechungen seit 1924) mit ihren Interessen Fingergeschpiel. Sie erwartet, da eine Erledigung der Reform parlamentarisch vor den Sommerferien nicht mehr möglich ist, daß unbedingt eine Zwischenlösung mit Wirkung ab 1. April 1927 gefunden wird, die eine wirksame Hilfe gegen die unerträglich gewordene Not und Verschuldung der Beamtenenschaft darstellt.

Wider Kriegsalarne. Wie anderwärts, so wurden gestern auch in Lübeck Extrablätter verkauft, die in leichtgläubigen Kreisen Unruhe verursachten. Verantwortungslos Leute spielten wieder einmal mit einer Kriegserklärung. Dumm und klöbig wurde in dem Extrablatt bekanntgemacht: „Mobilmachen, England und Rußland, Deutschland als Durchmarschgebiet, Krieg ohne Kriegserklärung.“ Es handelt sich natürlich um eine Bluffmeldung zu gewinnfüchtigen Zwecken. Das Extrablatt erschien im Verlag von Georg Weimann in Berlin und verrät eine wilde kommunistische Note. Es wird nebenbei auch angekündigt, daß an Stelle dieses Extrablattes demnächst die Berliner Freie Presse erscheinen würde. Dieses verantwortungslos Schwundblatt wurde hier von der Gewerbeabteilung des Polizeiamtes versehenlich als Druckschrift zum Verkauf freigegeben, die Erlaubnis aber später wieder zurückgezogen. Es ist übrigens für jeden Einsichtigen klar, daß es in der Zeit des Radios nicht nötig ist, Mitteilungen solch hochwichtigen Charakters erst durch Berliner Extrablätter zu verbreiten. Wäre etwas Wahres daran, dann hätte die hiesige Presse die Meldung selbstverständlich auch und viel früher erhalten. Es würde nicht erst nötig sein, ein Extrablatt aus der Reichshauptstadt zu verschicken. Es wurde auch die Meinung weitergetragen, daß dieses Extrablatt dem Lübecker Volksboten beigelegt gewesen sei. Das ist natürlich Unsinn. Aber man findet eben überall Leute, die auf jeden Koffl hereinfallen.

Bildungsturse. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck, beabsichtigt wie in den Vorjahren so dem am 1. Oktober beginnenden 7. Lehrgang der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. einen Hörer zu entsenden. Aus Heft 6 der Mitteilungen der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. ergibt sich, daß in Zukunft jeder Bewerber, dessen Aufnahme in die Akademie der Arbeit in Frage kommt, zuvor drei Arbeiten anzufertigen hat. Der Ausfall dieser Arbeiten ist mitentscheidend für die Frage, ob die Aufnahme in die Akademie erfolgen kann. Der Ortsausschuß Lübeck des A. D. G. B. fordert hiermit Bewerbungen ein, die neben einem selbstgeschriebenen Lebenslauf und kurzen Angaben über die bisherigen Tätigkeiten in der Arbeiterbewegung die Verpflichtung enthalten müssen, die geforderten drei Arbeiten anzufertigen. Die Themen werden von der Akademie gestellt. Die Bewerber müssen ledig sein und das 22. Lebensjahr überschritten haben. Außerdem müssen die Bewerber eine gewisse Grundlage für die Aufnahme des Stoffes (Wirtschaft, Recht, Staatslehre und Politik, Gesellschaftslehre und Sozialpolitik) mitbringen. Die Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli auf dem Sekretariat des A. D. G. B., Ortsausschuß Lübeck, Johannisstraße 48 pt. mit der Aufschrift: „Bewerbung Akademie der Arbeit“ eingereicht sein.

Der Vorstand, J. A. Dreger.

Die Sonnenfinsternis. Die von leisen Zweifeln durchsetzte Freude über den mit dem Siebenhundertjährigen Bestehen eingetretenen Witterungswandel äußerte sich heute früh besonders bei all denen, die früh aufgestanden waren, um die Veränderungen an der großen Lichtpendelin zu beobachten. Strahlend stieg das Himmelslicht empor, bis sich zur vorausgesagten Zeit ein kleinerer, dann immer größer werdende Teil verfinsterte und etwa 6.20 Uhr abendliche Dämmerung eintrat. An den Fenstern und auf den Dächern sowie an erhöhten Punkten im Freien standen die Menschen und beobachteten den seltenen Vorgang, bis allmählich, wie sie gekommen, die Dämmerung dem Licht weichen mußte.

Gefangene Menschenaffen

Von Ernst Scharmer

Der Affentag wird stets vom Publikum besonders umlagert. Da ist immer Betrieb, nicht nur drinnen, sondern auch draußen. Woher das kommt, weiß ich nicht. Böswillige Jungen behaupten, die Verwandtschaft zöge an. Aber ich halte diese Anhänglichkeit für keinen Fehler. Sie beweist mir, daß die meisten Menschen noch Sinn für Humor haben. Nirgends wird sonst soviel herzlich gelacht wie vor dem Affentag, und ich glaube die Beobachtung gemacht zu haben, daß die Affen oft selber ihren Spaß an dem Treiben haben, trotzdem noch niemand einen Affen lachen sah. — Wenn sie könnten, hätten sie auch keinen Grund dazu, denn sie sind arme Gefangene. Wer einmal kranke Affen beobachtete, wird zugeben, daß diese Geschöpfe, noch dazu, wenn sie allein gehalten werden, einen so traurigen Gesichtsausdruck haben, daß man tiefes Mitleid empfinden muß und wohl jedem das Lachen vergeht.

Ich habe schon als Junge jede Menagerie besucht, die durch meine Vaterstadt kam und erinnere mich noch sehr deutlich an einen kleinen Orang-Utan, der vorzüglich dressiert war und doch konnte ich mich des Gefühls nicht erwehren: „Der arme Kerl“. — Es lag in seinem Gesicht eine Traurigkeit, die das Spiel nicht verschweigen konnte. Er, oder ich will lieber sagen sie (denn es war ein Weibchen) trug ein Kleid, dazu einen Hut mit Feder. Im Käfig war eine vollständige Schlafstube eingerichtet. Das Tierchen zog sich aus, sein Nachthemd an, markierte die Benutzung des Nachtgeschirrs, legte sich im Bett schlafen, stand nach einer Weile wieder auf, wusch sich, zog sich an, frisiert sich, auch das Putzen wurde nicht vergessen, kurzum, es war ein richtiges kleines Theaterstück. Aber der Ausdruck der Augen täuschte nicht darüber hinweg, daß dieses Tier unglücklich war.

Vielleicht war es schon krank. Die meisten Menschenaffen gehen auf der Seereise schon ein oder sie bekommen den Keim zu einem mehr oder weniger langen Leiden. Fast alle gehen an Schwindsucht zugrunde.

Im Berliner Zoo lebte das Schimpansenfräulein *Milka* drei-jehn Jahre. Nur hervorragende Pflege wird ein solches Ergebnis haben. Zell hat uns ein treffendes Bild von diesem geistig hochstehenden Tiere gezeichnet. Er weist in seiner Beschreibung auch darauf hin, daß die Affen Augentiere sind. *Milka* konnte z. B. Schokolade, die doch einen ziemlich starken Geruch hat, nicht mit der Nase feststellen. Sie mußte erst die Tüte öffnen und

hineinsehen. Als ich 1916 *Milka* besuchte, war sie bereits krank und lag teilnahmslos auf ihrer Schlafstätte.

Von allen Menschenaffen kommen am meisten Schimpansen nach Deutschland. Im Jahre 1925 oder 1926 waren einmal vier junge Tiere bei Hagenbeck. Das Stück kostete rund 4000 Mark und der Wärter meinte, wenn nur eins am Leben bleibt, dann wird es sich noch lohnen, denn ein dressierter Menschenaffe bringt Geld. Aber wieviel Mühe und Pflege gehört dazu! Die Menschenaffen sind stets in geräumigen Käfigen untergebracht, die nach der Zuhörerseite durch Glas abgeschlossen sind, einmal, um das hier gefährliche Füttern zu unterbinden und dann der Setzung wegen, denn diese Affen fühlen sich nur bei größerer Wärme wohl. Und noch eins ist zum Wohlbedienen nötig: Zerstreuung! Deshalb werden immer mehrere Tiere zusammengehalten oder, wenn nur eins da ist, fällt einem Wärter die ganz gewiß nicht leichte Aufgabe zu, sich mit dem Tiere dauernd zu beschäftigen. Dafür ist aber auch die Anhänglichkeit des Affen an seinen Wärter sehr groß. Im Hamburger Zoo ist zurzeit ein junger Orang-Utan. Kürzlich beobachtete ich ihn beim Mahl. Das Tier aß manierlicher als mancher Junge seinen Reis mit dem Löffel. Der Wärter stand dabei. Als das Mahl zu Ende ging, schapte der Mann den Rest zusammen und gab dem Affen seinen Löffel zurück, der nun auch den Rest in ordentlicher Weise verzehrte. Als er sich dann aber einen Augenblick unbeobachtet glaubte, ergriff er die Schüssel und fuhr geschwind mit der Zunge herum. Genau wie ein Kind! — Und dann verlangte er auf den Arm und umschlang, als er das erreicht hatte, den Hals seines Wärters mit beiden Armen, indem er sich innig anlehnte.

Auf jeden Fall sind die Menschenaffen geistig recht hochstehende Tiere.

Ermordete Diplomaten

Seit den ältesten Zeiten der Geschichte war stets das Leben der bevollmächtigten Abgesandten eines jeden Landes nach alter Sitte geschützt. Ganz gleich, ob sie Frieden oder Krieg brachten, niemals durfte ihr Leben gefährdet werden, und sie erhielten stets freies Geleit. Und dennoch ist auch dieses von allen Wälfen der Erde anerkannte, ungeschriebene Gesetz wiederholt in schwerster Weise während des Verlaufes der Menschheitsgeschichte gebrochen worden.

Zur Zeit der Regierung Cromwells wurden die englischen Gesandten in Spanien und Holland von Anhängern der britischen Königspartei aus Rache für die Hin-

richtung Karl I. ermordet. Der Tod des Gesandten Jaak Dorislaus hat stark zum Ausbruch des britisch-holländischen Krieges beigetragen.

Am bekanntesten ist wohl die Ermordung des französischen Gesandten zum Kaiserlichen Kongress im Jahre 1799. Da die Verhandlungen ohne Erfolg waren und Österreich keine Gesandten zurückzog, so fuhr am 28. April die Bertrere Frankreichs ab. Aber gleich außerhalb der Stadt wurden sie von österreichischen Husaren überfallen. Dabei wurden zwei der Gesandten getötet. Nur einer entkam schwer verwundet.

Aus der neueren Geschichte ist die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking, Freiherrn von *Ketteler*, während der Boxerunruhen in China wohl am berichtigtesten. Diese Ermordung führte damals zum Krieg der Mächte gegen China und hatte dadurch in der Geschichte des fernen Ostens eine weittragende Bedeutung. China mußte lange Jahre hindurch an die beteiligten Staaten die sogenannte „Boxerentschädigung“ bezahlen. Diese Zwangsforderung im Verein mit den China aufgedrängten, ungerechten Verträgen hat nicht zum geringsten Teil die Revolution im Reiche der Mitte sowie die heutige Freiheitsbewegung daselbst hervorgerufen.

Im letzten Jahre des Weltkrieges wurde 1918 im Juli der deutsche Gesandte bei der Sowjetregierung in Moskau, Graf von *Mirbach*, durch zwei Attentäter im Gesandtschaftsgebäude ermordet. Trotz eingehender Untersuchung konnten die Attentäter nicht ermittelt werden. Die Sowjetregierung sprach damals sogleich der deutschen Regierung gegenüber ihre tiefe Empörung wegen des Verbrechens aus, und so konnte die Angelegenheit ohne weitere Folgen beigelegt werden.

Zum Abschluß der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Schweiz führte die im Mai 1923 in Lausanne erfolgte Ermordung des russischen Botschafters *Worowski* aus Rom, der in Lausanne an einer Konferenz als Vertreter Rußlands teilnahm. Erst jetzt konnten durch Vermittlung der deutschen Regierung die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Sowjetrußland wiederhergestellt werden. Die Schweiz sprach offiziell ihr Bedauern aus und bewilligte den Angehörigen des Ermordeten eine Rente.

Wiederum ist nun ein Vertreter der sowjetrußischen Regierung, der Gesandte *Wojkow* in Warschau, durch einen jungen Anhänger der Konterrevolutionäre ermordet worden. Diese Tat hat den politischen Horizont stark verdüstert und neue Spannungen geschaffen.

B. K.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lüneburg

Schwartau-Kensfeld. Sozialdemokratische Frauengruppe. Unsere Monatsversammlung fällt heute abend aus. Der Vorstand.

Schwartau. Wochen-Meldung über die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen in den einzelnen Gemeinden in der Woche vom 13. bis 18. Juni

Gemeinde	Männl. über 21 Jahre	Erwerbsl. unter 21 Jahre	Weibl. über 21 Jahre	Erwerbsl. unter 21 Jahre	Zuschlagsdemo. Ehepaare u. sonst.	Stunde
Bad Schwartau	49	2	6	1	39	40
Stodensdorf	36	5	6	1	25	33
Kensfeld	37	2	2	—	26	39
Obernwohld	1	—	1	—	1	4
West-Katekau	16	—	2	—	15	29
Ost-Katekau	2	—	—	—	2	5
Ahrensbt. Stadt	12	1	1	—	11	8
Land	7	—	3	—	5	10
Sibitz	12	—	—	—	12	21
Gleichendorf	9	1	—	—	7	22
Cirau	8	—	—	—	7	12
Grisau	2	—	—	—	—	—
Zusammen	191	11	23	2	150	228

Kriegenunterstützungsempfänger . . . 11
Insgesamt Unterstützungsempfänger . . . 238
Am Stichtag, 21. Juni, Unterstützungsempfänger 230
ohne Unterstützung . . . 31
Insgesamt Arbeitstuchende . . . 261

Bei dem Arbeitsamt Bad Schwartau sind in der Woche vom 20.—25. Juni 28 Anträge auf Bewilligung von Erwerbslosenunterstützung gestellt worden.

F. Landesteil Lüneburg. Der Landesteil Lüneburg am Scheidewege. Zwischen dem Landesverband, speziell seinen Vertretern, dem Landesvorstand und dem Landesauschuss, und dem Ministerium zu Oldenburg sind scharfe Differenzen entstanden. Sie veranlassen schon den Landesauschuss auf seiner letzten Tagung, die scharfe Erklärung abzugeben, wenn das Ministerium sein Verhalten zum Landesteil nicht anders einstellen werde, daß sich dann der Landesauschuss eine Erklärung darüber vorbehalten müsse, ob man noch länger beim freistaatlichen Oldenburg bleiben könne. Der Wegbau im Landesteil Lüneburg droht zu einer Katastrophe zu werden. Es ist durch Regierungspräsident Willms auf dem Deutschen Landkreistag und auch beim Reichsfinanzministerium in Berlin festgestellt, daß dem Landesteil Lüneburg, seinen Wegrechten entsprechend, schon in den letzten Jahren ein bedeutend größerer Anteil an der Kraftfahrsteuer zustand. Auch der Landtagsabgeordnete Karl Fied-Stodensdorf hat wiederholt im Ministerium zu Oldenburg gebeten, eine andere Regelung zu treffen. Im Ministerium hat man es abgelehnt. Auch jetzt will man ansetzend die Angelegenheit zurückdrücken. Die auf Veranlassung des Landesvorstandes und Landesauschusses vom Regierungspräsidenten Willms dieserhalb nach Oldenburg gerichtete Anfrage wurde bisher nicht einmal beantwortet. Der Landesauschuss hat dem Ministerium ein Ultimatum bis Mitte dieses Monats gestellt. Geht keine Antwort ein, ist der Regierungspräsident ermächtigt, sofort den Landesauschuss einzuberufen. Die nächsten Tage sollen für den Landesteil die Entscheidung bringen. Große Erbitterung hat das Verhalten des Ministeriums in Oldenburg ausgelöst, welches, ohne auch nur die Volksvertretungen des Landesteils zu fragen, den neuen Regierungspräsidenten bestimmte.

Malente-Gremshöfen. Der Reichs-Arbeiter-Sporttag wurde in diesem Jahre gemeinschaftlich von den dem Sportpartei Cutin angeschlossenen Vereinen in Malente veranstaltet. Bereits am Sonnabend abend trafen zahlreiche Mitglieder der Turnvereine Neustadt und Cutin sowie das Musikkorps aus Ahrensbt. hier ein, um an der Eröffnungsfeier in Krohns Gasthof teilzunehmen. In einleitenden Worten erläuterte Gen. Werner den Zweck der Veranstaltung und forderte zum Eintritt in die dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Vereine auf. Hierauf folgten in bunter Reihe die Aufführungen der verschiedenen Vereine. Alle Darbietungen gelangen glänzend und dürften dazu beitragen, das Verständnis für die Notwendigkeit sportlicher Betätigung zu wecken. Die für den Sonntag geplanten sportlichen Veranstaltungen im Freien, mußten infolge des unaufhörlichen Regens ausfallen. Dafür fanden nachmittags in Krohns Gasthof turnerische Vorführungen und Turnspiele statt, die von dem zahlreichen Publikum beifällig aufgenommen wurden. Ein Fußball, mit Saalfahren des Arbeiter-Radsfahrer-Vereins Cutin als Einlage, beschloß die Veranstaltung.

Dannover

Harburg. Vom Mordprozeß. Im großen Saal des Harburger Rathhauses begann am Dienstag der Prozeß gegen den 50 Jahre alten Schuhwarenhändler David Straßer in Stade. Wie bereits ausführlich geschildert, wirft ihm die Anklage vor, innerhalb Jahresfrist seine Frau und seinen Sohn getötet zu haben, um in den Besitz der Versicherungs-summe der beiden zu kommen. Am 28. Februar 1925 wurde Frau Straßer in ihrem Bett tot aufgefunden. Angeblich handelte es sich um einen Unglücksfall, indem sich aus dem Revolver, der zwischen der Wäsche gelegen hatte, eine Kugel gelöst und den Tod der Frau verursacht hatte. Tatsächlich wurde ein Unfall angenommen und der Mann erhielt eine Lebensversicherung von 21 000 Mark ausbezahlt. Einige Zeit später verunglückte nahezu auf dieselbe Weise der 16jährige Sohn Kurt. Im Krankenhaus, wo er bald nach der Entlassung starb, bestätigte er selbst noch die Angaben des Vaters: er habe den Revolver aus dem Schrank genommen und sei dabei hingefallen, wodurch der tödliche Schuß ausgelöst wurde. Trotzdem wurde der Mann jedoch wegen Mordverdacht an Frau und Kind verhaftet und schließlich auch die Anklage wegen zweifachen Mordes, verurteilt, verurteilt Mordes, schwerer Brandstiftung und Betrug erhoben. Dem Angeklagten wird nämlich auch zur Last gelegt, in der Zeit zwischen den beiden tödlichen Zwischenfällen durch Brandstiftung die beiden Söhne zu beseitigen versucht zu haben. In dem Schlafzimmer der beiden Söhne war nämlich auf rätsel-hafte Weise Feuer ausgebrochen. Die große Frage, die es zu lösen gilt, ist also: Ist der Angeklagte Straßer das Opfer außer-gewöhnlich widriger Verkettungen oder der überlegte und kühl berechnete Mörder von Frau und Kindern? Straßer, der als vorbildlicher Ehemann und unbedenklicher Bürger galt, befreit jede Schuld. Auch zu Beginn seiner Vernehmung erklärte er ruhig und bestimmt, sich keiner dieser Straftaten schuldig zu fühlen. Zunächst wurden die geschäftlichen Schwierigkeiten er-örtert, mit denen Straßer seit der Stabilisierung der Mark zu kämpfen hatte. Dann schilderte der Angeklagte den tödlichen Unfall seiner Frau. Die Frau habe ihm den in einem Leinwand-sack befindlichen Revolver geben wollen, wobei sie unglück-licherweise auf den Abzug der Waffe gedrückt und sich den tödlichen Schuß selbst beigebracht habe. Die Waffe sei vermut-lich deshalb nicht geladert gewesen, weil sie kurz vorher bei einem Büchsenmacher zur Reparatur war. Seine Ehe bezeichnet der Angeklagte als völlig ungetrübte. Im Laufe der weiteren Vernehmung wurde dann die Lebensversicherung der Söhne er-örtert. Die beiden Kinder waren auf je 10 000 Mark versichert. Der Angeklagte hob zu seiner Entlastung hervor, daß er aus-

Schleswig-Holsteinischer Parteitag

3. Tag: Die große Politik / Sozialpolitik

Am Montag morgen hörten die Delegierten zuerst zwei Vor-träge des Genossen Hermann Müller vom Parteivorstand und der Reichstagsabgeordneten Genossin Schröder-Altona mit großem Interesse an. Genosse Müller sprach über

Die inneren und äußeren politischen Vorgänge

Er knüpfte an die Rede Poincares in Luneville und deren Echo in Deutschland an, die wieder einmal zeige, daß man weder hüben noch drüben aus der Kriegsspychose herauskomme. Aber eine andere Politik Deutschlands sei nicht möglich, Strese-manns Erfolge fuhten auf der Verständigungspolitik der deutschen und französischen Sozialdemokratie. Deutschland habe völlig abgerüstet und nur ein Irrsinniger könne auf den Ge-danken kommen, daß Deutschland in absehbarer Zeit einen Krieg zu führen imstande sei. Was uns fehle, sei lediglich die Ab-rüstung der Mäuler. Nicht zu verkennen sei, daß die Stahlhelmdemonstrationen uns im Ausland schaden, das daraus keine Schlüsse zieht. Eine notwendige Folge der deutschen Ab-rüstung wäre die Abrüstung der Entente. Der Völkerbund, ursprünglich geschaffen, um Deutschland in einer Zwangslage zu halten, sei geeignet, eine Keimzelle des Weltfriedens zu werden. Auch Rußland werde noch den Weg nach Genf finden. Leider verlasse der Völkerbund immer noch, wenn es gelte, den kleinen Staaten beizuspringen. Er sei heute nur eine Vertretung der Regierungen, müsse aber zu einem Parlament der Völker werden. Das sei nur möglich, wenn mit den Methoden der Gemalpolitik gebrochen werde. Dazu gehöre, daß die Rheinlande von der Be-setzung befreit werden. Zum Kolonialmandat äußerte sich der Redner dahin, daß dieses Mandat nicht der Anfang einer neuen kolonialen Ära Deutschlands sein könne, und zwar des-halb, weil wir eine Politik der offenen Tür wollen und weil die Kommission über den Handel mit den Kolonien zu entscheiden hat. Eine andere als Verständigungspolitik ist nicht mög-lich, auch die Deutschnationalen müssen sich zu ihr bequemen. Auch die Russen werden trotz der starken Worte keinen Krieg mit Polen anzetteln. Sollte es doch eines Tages zu einem Krieg mit Rußland kommen, dann wird sich dieser an der Weichsel ab-spielen. Die Sozialdemokratie aber wird sich niemals zu einem Kreuzzug gegen Rußland bereit finden. Im übrigen sehe sich Stresemann nicht allzu sehr aufs hohe Pferd und Hinderburg will seine Ruhe haben. Er macht auch keine monarchistischen Experimente, aber der Vater des Bürgerblocks ist er doch. Die größte Schuld am Zustandekommen des Bürgerblocks tragen die Kommunisten, die ihre viermal gepaltene Partei in den Dienst der Rechten stellen. Die Politik der Volkspartei läuft darauf hinaus, die Deutschnationalen durch Zwang zur Ver-ständigungspolitik und zum Schutz der Republik bei den Wählern so zu diskreditieren, daß diese dann der Volkspartei durch nationalpolitischen Radikalismus keine Konkurrenz mehr machen können. Das Zentrum macht seine Geschäft halpart mit dem Bürgerblock und der preussischen Regierung. Es wäre auch für eine Monarchie, wenn der Kaiser ein Katholik wäre. Sollte der Hof vorzeitig zusammenbrechen, müßte an die Wähler appelliert werden. Eine Veränderung des Wahlrechts ist sobald nicht zu er-warten. Boreck schwärmen nur die Demokraten für ein Wahlrecht der Persönlichkeiten, haben aber keine Wähler, die diese Persönlichkeiten in den Reichstag schicken können.

Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ist charak-teristisch für die in ihr wirkenden Widersprüche. Die Minister reden gegeneinander. Vorteile von dieser Regierung haben nur die Agrarier. Das zeigt sich in der ungeheuren Belastung des Volkes durch Zölle, deren Ertrag von 540 auf 940 Millionen ge-stiegen ist. In der Frage der Raifisierung des Währungs-loneser Einkommens sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Das Arbeiterschutzgesetz wird der jetzige Reichstag kaum noch verabschieden, was uns nicht einmal zu wünschen ist, denn es würde doch nicht unseren Forderungen entsprechen. Sollte das Schutzgesetz kommen, kann es sich nur um ein Rahmen-gesetz handeln, das das Weimarer Kompromiß lange nicht voll berücksichtigt. Im Reichskonkordat ist eine Zustimmung der Länder nicht zu erreichen, eher wird ein Länderkonordat kommen. Unsere kulturpolitische Haltung muß in allen diesen Fragen von großen Gesichtspunkten geleitet sein. Wir müssen das Kulturprivileg der Besitzenden brechen und dafür sorgen, daß auch Staatsbürgern ohne höhere Schulbildung der Aufstieg freigelegt wird. Gesunder Menschenverstand ist ebenso viel wert wie juristische Bildung. Der Redner streifte dann nach den Strafgesetzentwurf und die Wehrfrage und be-tonte zum Schluß, daß wir die Opposition nicht nach dem kommu-nistischen Schema treiben, sondern um die Durchführung der Weimarer Verfassung, der wir den demokratischen Inhalt geben wollen. Wir kämpfen den politischen Kampf mit den arbeitenden Massen und für die arbeitenden Massen. Selbst die der Volks-partei nahestehende Kölnische Zeitung mußte anlässlich des Kieler Parteitages zugeben, daß unsere Politik erfolgreich gewesen ist. Gehen wir diesen Weg weiter, dann werden wir vorwärts und an unserm Ziel näher kommen. Die große Aufgabe wird immer weitere Volksteile an uns fesseln und zur Umgestaltung aller Dinge im Geiste der Gemeinschaft führen und zum endgültigen Siege, den wir im Interesse der Arbeiter und aller Unterdrückten erkämpfen wollen. (Lebh. Beifall.)

Nach einer kurzen Pause sprach Genossin Louise Schroeder-Altona über

Die Sozialpolitik im Lichte der Reichstags-verhandlungen

Seitdem die Sozialdemokratie, so führte die Rednerin aus, im Reichstag vertreten ist, hat sie für den Ausbau der Sozial-politik gekämpft. Im Obrieteitsstaat aber war die Sozialpolitik beherrscht von Gedanken des Gedens von oben her. Der Sinn der Revolution jedoch war nicht nur die politische Befreiung, son-dern im gleichen Maße auch die wirtschaftliche und soziale Be-freiung. Die Sozialdemokratie hat deshalb nach der Revolution mit besonderer Entschiedenheit um den weitest-gehenden Ausbau der Sozialpolitik gekämpft. Im Artikel 5 der Reichsverfassung ist der Schutz der arbeitenden Massen, der Schutz der Menschenwürde und der Kultur der Ar-

beiter verheißen. Der Umsetzung in die Möglichkeit aber haben die bürgerlichen Parteien in den neun Jahren seit der Revolution größte Hindernisse bereitet. Nicht nur im Unternehmerrager, auch in den bürgerlichen Parteien ist die Erkenntnis, daß Wirtschaft- und Sozialpolitik nicht voneinander zu trennen sind, noch nicht durchgedrungen. Es ist charakteristisch, daß selbst der Demokrat Erkelens, dem letzten demokratischen Parteitag der Auffassung Ausdruck gegeben hat, der Arbeiterfrage nicht danach, wie es der Wirtschaft gehe, sondern nur da-nach, was er zu fordern habe. O nein, die Arbeiterfrage weiß, daß Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik mit-einander verbunden sind. Aber nicht hängt die Sozial-politik nur von der Wirtschaft ab, sondern die Wirtschaft hängt auch von der Sozialpolitik ab. Beide stehen in Wechselbeziehungen. Das will man im bürgerlichen Lager nicht erkennen. So sehen wir uns denn im Reichstag einer ge-schlossenen Front der bürgerlichen Parteien gegenüber. In hartem, nimmermüdem Ringen haben wir es schließlich erreicht, den bürgerlichen Parteien eine Reihe von Ver-besserungen abzutrotzen, so die Anweisung der furchtbaren Arbeits-lostigkeit besonders bedeutungsvolle Verlängerung der Unter-stützungsdauer für die Erwerbslosen, die Verdoppelung der Un-terstützungssätze und die Krisenfürsorge. Leider muß festgestellt werden, daß auch die Kommunisten durch Stimmenthaltung in wichtigen Fragen, wie beim Arbeitsbeschaffungsprogramm, dem Widerstand der bürgerlichen Parteien Vorlauf leisten. Bei dem Arbeitslosenversicherungsgesetz sehen wir dasselbe Bild: Die Sozialdemokratie steht allein in dem Kampf, den Arbeitern das volle Mitbestimmungsrecht zu sichern und dem Gesetz eine Gestalt zu geben, die es wirklich zu einem sozialen Gesetz macht. Die Regierungsparteien aber sehen jeder Verbesserung harzigen Widerstand entgegen. Nicht anders steht es mit der Fürsorge für die Arbeitsunfähigen, für die Invaliden, Kranken, Unfallverletzten und die Alten. Ist es nicht wiederum bezeichnend, daß der Demokrat Erkelens die hohen Beiträge für die Sozialversicherung als ein soziales Opfer bringt, um wenigstens eine bescheidene Sicherung zu haben. Das Ziel der Sozialversicherung aber muß sein: Ge-nügende Versorgung aller und Selbstbestimmungsrecht der Versicherten.

Auch im Kampfe um die Fürsorge für alle diejen-igen, die von diesen Versicherungen nicht erfasst werden, steht die Sozialdemokratie allein. Immer noch wird ein ausreichender Schutz der Frauen und Mütter, der Jugend und der Kinder verweigert. Dabei zeigen sich die bürgerlichen Parteien den Landarbeitern gegenüber noch unverändert als gegenüber den Industriearbeitern. Auf dem Gebiete des Arbeit-erschutzes ist es uns gelungen, recht gute Erfolge zu erreichen. Das Arbeitsgerichts-gesetz ist ein ganz bedeutender Fort-schritt, schon deshalb, weil es größere Kreise erfasst und endlich auch dem Kollektivgedanken Rechnung trägt. Die technische Ent-wicklung unserer Zeit braucht einen kulturell hochstehenden Ar-beiter. Unser geamter sozialpolitischer Kampf ist ein Kampf für die kulturelle Hebung der Arbeiterklasse und damit für die ganze Menschheit. (Starker Beifall.)

In der Aussprache erklärte u. a. Peters-Hochdom: Wir haben im Landtag nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht genügen. Der Wohlfahrtsminister hat geantwortet, daß 44 Millionen Mark, die für die produktive Erwerbslosenfürsorge bereitgehalten wurden, nicht in Anspruch genommen worden sind. Auch in Schleswig-Holstein sind 1,98 Millionen nicht abgehoben worden. (Schr. hört.) Das erfordert unsern Kampf um die Mehrbewilligung von Mitteln für die produktive Erwerbslosen-fürsorge.

Im Schlußwort verteidigt Hermann Müller die Haltung der Fraktion. Die Sozialpolitik wird immer mehr im Einver-nehmen zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ge-führt.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge ergibt, daß zwei Anträge von Bübelsdorf, die sich mit Delegationen zu kommunalen Tagungen und Zusammenfassung der parteigenös-slichen Landgemeindevorstände beschäftigen, dem Bezirksvorstand, mehrere Anträge über bessere Steuerverteilungen zugunsten der Landgemeinden und über Verbesserung der Rücksicht für Wohl-fahrtsunterstützungen der Reichstags- und Landtagsfraktion über-wiesen werden. Eine Beschwerde über die Preiskommission der Kieler Parteizetung wird abgewiesen.

Die Wahlen

Die Wahl des Bezirksverbandes ergibt die einstim-mige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder durch Zuruf:

Willi Verdieck, 1. Vorsitzender; Richard Hansen, 2. Vorsitzender; Paul Andratz, Kassierer; Louise Schroeder, Vertreterin der Frauen; Toni Jensen, Leiterin der Frauenagitation; und als Beisitzer Fritz Hansen-Kiel, Paul Dolz-Tönning, Rudolf Hadelberg-Altona, Paul Bug-dahn-Altona, Louis Bieker-Soisbüttel, Ernst Busch-Rendsburg, Otto Eggerstedt-Kiel; als Vertreter der Schles-wig-Holsteinischen Volkszeitung Böttcher.

In die Kontrollkommission werden wiedergewählt: Funke-Flensburg, Johnsborn-Jurrien, Doska-Klaus-thal a. d. Schw., Delle-Wandsbek; neugewählt wird Anna Wendi-Horst.

Als Tagungsort des nächsten Bezirksparteitages wird Cutin bestimmt.

drücklich habe bestimmen lassen, daß im Falle des Todes des einen Sohnes der andere die Lebensversicherung erhält. Der Vorsitzende hält ihm demgegenüber entgegen, daß man die Summe auf alle Fälle ihm hätte auszahlen müssen und daß er beim Tode der beiden Kinder die Versicherungssumme erhalten hätte. Ganz entschieden befreit der Angeklagte, den Brand im Schlafzimmer der beiden Knaben angelegt zu haben.

Sprechsaal

dem Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keine Verantwortung

Eine harmherzige Hebammenchwester?

Am 20. d. Ms. benützte ich für meine Tochter die Heb-ammenchwester, Fräulein Feuer in Travemünde. Da ich meinen Wohnsitz in Teutendorf habe, fuhr in mit meinem Brotwagen nach Travemünde, um Fräulein Feuer gleich abzuholen. Um 6 1/2 Uhr kam ich dort an und traf auch Fräulein H. zu Hause. Ich bat sie, da ihre Hilfe dringend nötig sei, auf dem Fußwe-

g mit Maß zu nehmen; ein anderer Wagen stand mir leider nicht zur Verfügung. Der Führer sah zwei Personen bequem fassen, da er für zwei Personen auch eingerichtet ist. Fräulein Feuer lehnte aber zu meiner größten Beorgnis mit folgenden Worten ab: „Mit einem Brotwagen fahre ich nicht.“ Obgleich sie wußte, daß ihre Hilfe bei der Geburt dringend nötig war, hielt sie es nicht mal für nötig, mit ihrem Kade oder zu Fuß zu kommen. Um 6 1/2 Uhr wurde das Kind ohne Beisein der Hebamme geboren. Zu bemerken ist noch, daß Fräulein H. im vorigen Jahre mit demselben Wagen ohne weiteres mit-gefahren ist. Dürfen solche Zustände gebildet werden? Welcher Arbeiter ist heute wohl in der Lage, der Hebamme bei Bedarf-fall eine Drohschre zu senden? Es tut not, daß man diese Schwester auf ihren Dienst aufmerksam macht. St.

Wolizimmer für **Tänzerinnen**

Rückschlag der Konjunktur in Aussicht?

Das Börsengeschäft ist im allgemeinen eine Sache, um die sich die Arbeiterschaft wenig kümmert. So ist auch der sogenannte „schwarze Freitag“, jener Tag von einigen Wochen, an dem die Effektenkurse, d. h. die Bewertung der Aktienwerte der großen Industrieunternehmen, durch Maßnahmen der Reichsbank veranlaßt, plötzlich um 25 Prozent im Werte sanken, ohne großen Eindruck zu machen, an der Arbeiterschaft vorübergegangen. Und doch wirken sich derartige Spekulationsaktionen durch Beeinflussung der sich daraus wieder ergebenden Kreditpolitischen Maßnahmen bis in die letzten Kreise der Arbeiterschaft aus. Zum Beispiel hängt die Arbeitsmarktlage sehr nahe mit der Kreditlage, die die Industrie vorfindet, zusammen. Darum ist das Börsengeschäft durchaus keine Sache, das nur den Börsenjobber angeht, sondern auch eine Sache, um die sich auch der Arbeiter interessieren müßte, wenn er das kapitalistische Getriebe richtig überblicken und verfolgen will.

Ueber den genannten „schwarzen Freitag“ herrschte in Arbeiterkreisen sicher Freude, als sie hörten, daß die Börsenspekulanten 25 Prozent eingebüßt hätten. Aber der Arbeiter überblickt infolge seiner Unkenntnis der Vorgänge auf dem Geldmarkt die Folgen, die daraus entstehen und die auch ihn, den Arbeiter, stark berühren.

Der Sturz der Effektenkurse war eingetreten, weil die Reichsbank von den Privatbanken die Einschränkung der Effektenkredite forderte. Der Kurssturz der Aktienpapiere veranlaßte nun viele Inhaber dieser Papiere, diese abzustufen und sie an die Banken wieder zu verkaufen. Dieses hat wieder zur Folge eine Hemmung im Absatz dieser Papiere. An der Börse können keine Neuausgaben von Aktien zum Verkauf untergebracht, sie können nicht platziert werden, weil bei Kursstürzen bestimmter Aktien naturgemäß die Nachfrage nach solchen Industriepapieren nachläßt, ja zeitweilig ganz aufhört. Kein Mensch, der Geld hat, legt naturgemäß sein Geld an in Aktien, die die Tendenz haben, im Werte zu fallen.

Andererseits braucht aber die große Industrie, namentlich in Zeiten aufsteigender Konjunktur, fortgesetzt neues Blut in Gestalt von Geld. Wird aber durch die Enzichung oder Schmälerung von Effektenkrediten die Kursbewegung der Aktien rückläufig dirigiert, wie durch Maßnahmen, die den „schwarzen Freitag“ herbeiführten, so ist eine allgemeine Schmälerung der Kapitalbasis der Unternehmer die Folge. Das Unternehmertum wird durch den Kapitalmangel gezwungen werden, weniger Kapital zu investieren. Einschränkung von Kapitalinvestitionen bedeutet wieder Freisetzen von Arbeitskräften und damit wieder Lohnausfall. Lohnausfall bedeutet geringere Kaufkraft und unter solchen Umständen einen Rückschlag auf die industrielle Konjunktur.

Ob die jetzt durchgeführte Kreditbeschränkung der Industrie wirklich den oben gezeigten getraden Weg verläßt und die seit Monaten im Aufstiege begriffene Konjunktur schon wieder zum Stillstand bringt, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Es gibt ja auch noch Auswege, einer davon führt ins Ausland. Es ist nicht unmöglich, daß die große Industrie wieder auf direktem Wege sich Auslandsgelder zu weiterer Investition verschafft und die Konjunktur durch Auslandskredite nicht zum Erlahmen kommen läßt.

Entgelten, nicht abgelten!

Die Arbeitszeitnotverordnung ist ein Labyrinth, in dem sich kein Mensch auskennt — auch nicht die Unternehmer, die sich zusammen mit ihren Helfershelfern in den Regierungsparlamenten feinerzeit redlich abgequält haben, um ein möglichst unbedrückendes Durchkommen zu schaffen, in welchem sie die Arbeitnehmer an der Nase herumführen wollten. Die unklare Fassung der Bestimmungen, vor allem des § 6a, schafft in der Praxis eine Fülle von Schwierigkeiten und Umständen, die besonders für größere Betriebe sehr lästig werden können. Die Unternehmer versuchen deshalb, mit Hilfe der nach § 6a Abs. 2 statt eines Zuschlags von 25 Prozent angeblich zulässigen anderen Regelung eine Ablösung des Zuschlags durchzuführen. Gegen diese neueste Arbeitszeitnepperie muß auf härteste Front gemacht werden.

Man will den Zuschlag für Ueberstunden mit ein paar Pfennigen Lohnserhöhung aus dem Wege räumen. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß im § 6a ausdrücklich durch einen besonderen Zuschlag auf die Mehrarbeitsstunden die Mehrarbeit belastet und ihr Mißbrauch eingeschränkt werden sollte. Das war ja schließlich doch der Zweck der Uebung: Regelarbeit und Mehrarbeit sollten klarer unterschieden und die Mehrarbeit besser entlohnt werden. Auch der Reichsarbeitsminister hat das wiederholt hervorgehoben. Gilt man jetzt den besonderen Ueberstundenzuschlag mit einer Lohnserhöhung ab, dann wird die einzige Bestimmung der Notverordnung, die für die Arbeitnehmer Bedeutung hat, wertlos gemacht. Wenn Regelstunden und Ueberstunden in gleicher Weise entlohnt werden, dann hört damit die Ueberstundenbelastung und Ueberstundenbeschränkung auf. Kostet die Ueberstunde nicht mehr als die Regelstunde, dann wächst bei dem Unternehmer wieder der Anreiz zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Mit dem Ablösungs- und Abgeltungsunfug muß deshalb Schluß gemacht werden. Die Wege, die hier beschritten werden, sind für die Arbeitnehmer selbst dann bedenklich, wenn sich die eine oder andere Arbeitergruppe bei einer Ablösung der Ueberstunden finanziell etwas besser stellen sollte; denn die Ablösung hindert die Bekämpfung der Arbeitszeitverlängerung. Genau betrachtet, sind die Arbeitnehmer bei der Ablösung doch die Geplekten, denn sie gilt praktisch nur als Lohnserhöhung und wird bei jeder weiteren Lohnforderung vom Arbeitgeber sofort in Rechnung gestellt.

Der Ueberstundenzuschlag darf sich nicht durch faule Manöver verflüchtigen, er muß gesteigert werden. Im Washingtoner Abkommen sind für den Ueberstundenzuschlag 25 Prozent vorgegeben. Diese 25 Prozent müssen im kommenden Arbeitsabkommen ebenso wie im Washingtoner Abkommen Mindestsatz sein. Die Reichsregierung ist, wenn ihre Versicherung zur Bekämpfung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht Schwindel sein soll, schon jetzt gezwungen, darauf hinzuwirken, daß praktisch der Mindestsatz von 25 Prozent erreicht wird.

Nicht Befreiung des Ueberstundenzuschlages durch Abgeltung und Ablösung, sondern Steigerung des Zuschlages — das ist augenblicklich die Aufgabe, an der gegenüber allen Praktiken der Unternehmer unerbittlich festgehalten werden muß. Wenn die Unternehmer sich in dem Dicksicht der Arbeitszeitbestimmungen selbst nicht mehr auskennen, dann haben sie noch immer die Möglichkeit, durch klare Tarifverhandlungen eine Lösung der Ueberstundenbezahlung zu schaffen, die die Lohnbureaus nicht übermäßig belastet.

Neuer Lohndruck

Minierarbeit durch die Zentrale der Arbeitgeberverbände / Die Schuld der Unternehmer an den hohen Preisen

Die großen industriellen Lagungen der letzten Wochen haben sich mit auffälliger Einmütigkeit gegen die staatliche Lohnfestsetzung ausgesprochen. Die einzelnen Heißsporne im Lager des Unternehmertums und in der angeblich unparteiischen Einrichtung der Selbstverwaltung der Wirtschaft (Handelskammern und so weiter) gingen sogar so weit, die vom Reichsarbeitsministerium verfolgte Lohnpolitik für die unbefriedigende Entwicklung in unserer Wirtschaft verantwortlich zu machen. Auch die in der Schwerindustrie Preise zunehmenden Angriffe gegen das Arbeitsministerium und seine Lohnpolitik, die man als „soziale Tat“ ironisiert, sind kein Zufall. Man darf vielmehr annehmen, daß sie von einer gemeinsamen Stelle, von der Zentrale der Arbeitgeberverbände, ausgehen. Diese Zentrale ist das eigentliche Reich des Berliner Industriellen v. Borzsig. Seine hinterwäldlerischen Ansichten über Wesen und Wert der Sozialpolitik sind ebenso wie seine Verkennung der Sozialpolitik als hervorragendes Mittel für die Wirtschaftsentwicklung genügend bekannt. In den Angriffen gegen die staatliche Lohnfestsetzung spiegelt sich dieser Geist Borzigs, des reaktionären Unternehmertyps der Nachkriegszeit, kraß wieder, und zwar rühmen sich diese Angriffe nicht nur gegen die Höhe der Lohnfestsetzungen. Man hat es hier mit einer durchaus planmäßigen Offenbarung des sozialreaktionären Unternehmertums gegen die Spruchworte überhaupt, das moderne Arbeiterrecht, zu tun.

In dem beginnenden Kampf um die staatliche Lohnfestsetzung interessieren natürlich am meisten die vom Unternehmertum vorgebrachten Argumentationen. Daß das deutsche Unternehmertum, dessen Wirtschaftsführung eine einzige Verkennung der Wirtschaftsentwicklung ist, auch die Entwicklung auf dem Gebiete des Arbeitsrechts verkennt, braucht nicht betont zu werden. Infolgedessen ist es erklärlich, daß mit Gründen gegen die staatliche Lohnfestsetzung gearbeitet wird, die weder Hand noch Fuß haben. Sie sind aber immerhin geeignet, Eindruck auf unkritische Geister zu machen. So wird z. B. die staatliche Lohnfestsetzung als ein Stück Zwangswirtschaft denunziert. Man stellt die Einrichtung, die eine Wirtschaftsnotwendigkeit nicht nur in der Zeit der Markterwertung war, sondern auch heute noch Wirtschaftsnotwendigkeit ist, als eine Ausgeburt der großen Inflation dar. Sie hindert angeblich das Unternehmertum, die von der Öffentlichkeit gegenwärtig stürmischer denn je verlangte Preisentlastung durchzuführen. So will man Stimmung für die baldige Abschaffung der staatlichen Lohnfestsetzung, zum mindesten für eine kräftige Durchlöcherung machen.

Demgegenüber muß nachdrücklich auf die wirklichen Ursachen der neuen Teuerungswelle verwiesen werden. Für sie ist gerade das deutsche Unternehmertum verantwortlich zu machen. Gewiß hat die ganze Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung die deutsche Lebenshaltung bis zur Unträglichkeit verteuert. Schlimmer wirkt sich aber die Preispolitik des deutschen Unternehmers und Händlers in der Preisbildung aus. Das geschieht in dem unerhörten Maße, daß die in den letzten beiden Jahren erfolgte Senkung der Gestehungskosten in den Preisen gar nicht zum Ausdruck kommt. Unleugbar hat sich der Anteil des Lohnes an der Einheit der fabrizierten Ware in Deutschland in der letzten Zeit stark vermindert. Die gesunkenen Gestehungskosten konnten sich jedoch nicht in entsprechend ermäßigte Preise umsetzen,

weil die Gewinnspannen gegenüber dem Krieg größer geworden sind. Wenn heute Zuschläge auf die Ware von 100 bis 200 Prozent keine Seltenheit, sondern Regel sind, so muß sich das natürlich im Preisstand bemerkbar machen. Es ist eine Tatsache, die seit im Auge behalten werden muß, daß nicht die an sich unzureichende Lohnpolitik des Arbeitsministeriums, die staatliche Lohnfestsetzung, sondern die Profitquotenpolitik des deutschen Unternehmertums jene bedenkliche Teuerungswelle verursacht hat, die mit Eintritt der kälteren Jahreszeit zweifellos ihre Folgen haben muß.

Wenn wir die staatliche Lohnfestsetzung einmal nach Art der Borzigs und Konsorten als eine Begleitercheinung der Inflation und der Zwangswirtschaft in Deutschland betrachten wollen, so müssen wir auch darauf hinweisen, daß gerade die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft immer wieder durch Reste und Ueberbleibsel der Zwangswirtschaft gehemmt werden. In der Vorkriegszeit konnte der deutsche Arbeiter, wenn seine Lohnforderungen nicht erfüllt wurden, die Arbeit niederlegen und neue Arbeit in einem Betriebe suchen, der seiner Forderung nach höherem Lohn entsprach. Die Möglichkeit des Arbeiters, zur Zeit der Konjunktur die Arbeitsstelle zu wechseln, war in der Vorkriegszeit ein Mittel, Lohnforderungen durchzusetzen. Die Freizügigkeit stärkte die Position des Arbeiters im Lohnkampf.

Von ihr kann heute aber in Deutschland nicht die Rede sein. Sie steht auf dem Papier und kommt für den Arbeiter nicht in Frage, da er in 99 von 100 Fällen an die Betriebe einer bestimmten Gegend gebunden ist und weil in anderen Wirtschaftszweigen, wo Bedarf an Arbeitskraft vorhanden ist und wo man gern höhere Löhne zahlen möchte, er keine Wohnung finden kann. Die durch den Wohnungsmangel unterbunden Freizügigkeit ist heute unzweifelhaft ein Mittel für den Lohndruck. Wir erleben es tagtäglich in vielen Industriezweigen, daß Arbeiter ihre Arbeitskraft zu weit höheren Preisen, d. h. Löhnen, verkaufen könnten, wenn eine Freizügigkeit wirklich bestände. Die Arbeiterschaft hat genügend soziale Einsicht, die öffentliche Bewirtschaftung der Wohnungen in Deutschland nach Lage der Verhältnisse als unumgänglich notwendig anzuerkennen. Aber es muß betont werden, daß hier wirklich ein Stück Zwangswirtschaft, eine Folge der Kriegs- und Inflationszeit vorhanden ist, die den Arbeiter im Lohnpolitischen Kampf stark behindert, erfolgreiche Aktionen fast unmöglich macht. Der Arbeiter hat allen Grund, über die Folgen der Zwangswirtschaft auf die Lohnhöhe zu klagen, nicht aber der Unternehmer über die Folgen einer angeblichen Zwangswirtschaft auf die Preishöhe.

Es ist u. E. auch kein Zufall, wenn die Unternehmer es mit der Abschaffung dieser Art Zwangswirtschaft, mit der Erschließung von genügend Wohnungen, gar nicht so eilig haben. Für sie bedeutet der heutige Zustand ein willkommenes Preisstimmittel, das sich noch stärker auswirken würde, wenn die staatliche Lohnfestsetzung fortfiel. Da der Arbeiterschaft die Freizügigkeit in Wirklichkeit genommen ist, wäre sie dem Lohndruck des Unternehmertums völlig ausgeliefert. So stellt sich der Schrei der Unternehmer nach Befreiung der staatlichen Lohnfestsetzung auch als neuer Versuch dar, die Löhne abzubauen. Die Arbeiterschaft verteidigt also in der staatlichen Lohnfestsetzung nicht nur eine arbeitsrechtliche Entwicklung, sondern tatsächlich die gegenwärtige Lohnhöhe und den Lebensstandard.

mungen selbst nicht mehr auskennen, dann haben sie noch immer die Möglichkeit, durch klare Tarifverhandlungen eine Lösung der Ueberstundenbezahlung zu schaffen, die die Lohnbureaus nicht übermäßig belastet.

*

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Ueberstundenzuschläge in der Kartonnagenindustrie führten im Reichsarbeitsministerium zu einem Scheitern, der den Zuschlag für die Mehrarbeit von 49 bis 54 Ueberstunde von 10 auf 20 Prozent erhöht, von da ab auf 25 Prozent festsetzt.

Für die Mehrarbeit im Buchbindergewerbe wurde durch den Schlichter ein Ueberstundenzuschlag von 25 Prozent festgesetzt. Mantel-, Lohn- und Affordtarif blieben unverändert.

Folgen langer Arbeitszeit

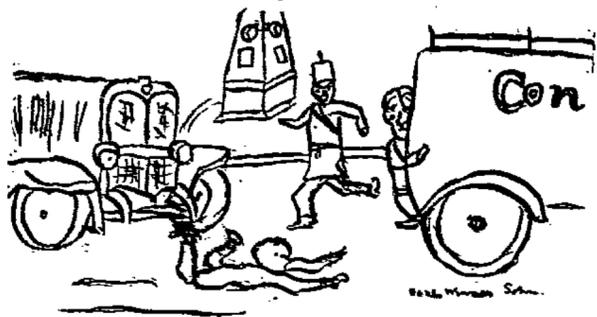
Die Fleischer Berufsgenossenschaft hat ihren Bericht für das Jahr 1926 herausgegeben. Nach diesem Bericht ist die Zahl der Unfälle von 4398 im Jahre 1925 auf 9421 im Berichtsjahr gestiegen. Eine ungeheuerliche Zahl. Der Bericht gibt weiter an, daß in 9766 Betrieben gegen die Unfallvorschriften verstoßen wurde. Diese Zahl deutet sich ungefähr mit der der Unfallbetriebe. Die Fleischermeister wenden sich seit Jahren gegen die Kontrolle der Betriebe durch die Organe der Berufsgenossenschaft. Die sozial rückständigen Herren wollen für diesen Luxus, wie sie sagen, keine Aufwendungen machen. Schutz von Leben und Gesundheit der Gesellen und Lehrlinge sind schöne Dinge, wenn keine Gebäuwendungen damit verbunden sind. Gegen diejenigen Unternehmer, die die Schutzbestimmungen mißachten, wird von der Leitung der Berufsgenossenschaft sehr milde vorgegangen. Die Leitung der Berufsgenossenschaft liegt ja auch in Händen der Innungsmeister.

Diese große Zahl der Unfälle (Verletzungen) hängt eng zusammen mit der langen Arbeitszeit. Die zum großen Teil jungen Beschäftigten, Lehrlinge und Gesellen, werden besonders in Kleinstädten bis zu 14 und 15 Stunden beschäftigt. Diese ausgearbeiteten Menschen erleiden leichter Unfälle, als ihre Kollegen in geregelten Betrieben. Die Schutzbestimmungen werden oft nicht beachtet, weil die Meister darin eine Behinderung der Arbeitsleistung erblicken.

Die Gewerbeaufsichtsbehörden sind sicher von der Kritik an diesen großen Unfallzahlen nicht freizusprechen. Die fleischtonsumierende Bevölkerung hat ein großes Interesse daran, daß bei der Herstellung der Wurstwaren die Zahl der Unfälle vermieden wird.

Während die Regierungsparteien im Reichstag die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in den Konditoreien beantragen, bringen im Bundesorgan der Konditoren die Sachverständigen den Nachweis, daß heute Einrichtungen erfinden sind, die die Konservierung von Speiseeis und leichtverderblichen Sachen glänzend erfüllen und damit die Sonntagsarbeit überflüssig machen. So heißt es in dem Bundesorgan, daß die Deutsche Sprengluftgesellschaft ein Kältemittel gefunden hat, das in bestimmte Behälter gebunden, sich einströmen läßt und für lange Zeit Kälte spendet. Diese Behälter werden als Kältepatronen bezeichnet. Die von der Eiscreme-Industrie angefertigten Versuche haben glänzende Resultate gezeigt. Die Verwendbarkeit der Kältepatronen für den Groß- wie für den Kleinbetrieb ist einwandfrei festgestellt. Die Versuche beziehen sich nicht nur auf Speiseeistransportoren, sondern auch auf die Speiseisentransportoren, die zur Aufbewahrung des Isen Speiseeises dienen. Die Verwendbarkeit dieser Kältepatronen steht keine Kühl- und Gefrieranlage voraus. Woan also Sonntagsarbeit? Will man den technischen Fortschritt unterbinden? Nicht die Unterbindung des technischen Fortschrittes, sondern die Erleichterung der Lage der Arbeiterschaft mit Hilfe der Technik und Rationalisierung ist Aufgabe der Sozialpolitik!

Ein Jahrzehnt russischer Gewerkschaftsbewegung. Einen Ueberblick der Entwicklung der russischen Gewerkschaftsbewegung gibt S. Schwarz in „Arbeit und Wirtschaft“, 1927, Heft 7. Offiziell galt das von den Bolschewiken geschaffene Wirtschaftssystem als Sozialismus, und die Gewerkschaften mußten in den Dienst dieses Systems treten. Die Organisationen, welche es nicht tun wollten, wurden mit den Mitteln der Polizeigewalt dazu gezwungen. Viel bedeutender als die „Eroberung“ der Gewerkschaften war der innere Umwandlungsprozeß, den sie durchgemacht haben. Sie wurden zu Verwaltungsorganen des Staates in Arbeitsachen, insbesondere zu Organen der Disziplinierung der Arbeiterschaft, die durch Arbeitspflicht an die Betriebe gefesselt war. Die Mitgliedschaft war eine Zeitlang obligatorisch gemacht worden, doch wurde hiervon nach 1922 formell wenigstens wieder abgegangen; praktisch besteht ein gemilderter Organisationszwang bis heute. Gegenüber den staatlichen Wirtschaftsorganen erlangten die Gewerkschaften in Staatsbetrieben, werden von den kommunistischen Partei in engen Grenzen gehalten wird. Arbeitsstellen in Staatsbetrieben werden von den Gewerkschaften offiziell nicht erklärt. Dennoch kamen 1925 99 Streiks mit 34000 Beteiligten in solchen Betrieben vor; in 74 Fällen sind die Streiks ohne Zustimmung der Gewerkschaften erklärt worden, in 11 Fällen gegen deren Willen, für die übrigen Fälle mangelt es Angaben. Langsam mehrten sich die Anzeichen dafür, daß es zu einer Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses der Gewerkschaften von der herrschenden politischen Partei kommen wird.



Die Straße ist kein Spielplatz!

Von der Straße

Jeden Tag melden die Zeitungen Unglücksfälle. Kinder sind überfahren worden, vom Fuhrwerk, vom Auto, von der Straßenbahn. Und fast jedesmal heißt es: „Den Führer trifft keine Schuld!“

Die Kinder waren unvorsichtig! — Und die Folgen? — Trauernde Eltern und leidende Kinder. Ist das nötig? — Nein, wenn alle das vermeiden, was Gefahr bringt.

Meister Hans Werner zeigt uns ein paar Fälle mit treffenden Bildern.

Beherzigt sie!

O. K.

Wozu die Straße da ist

Ihr wißt es alle:

Zum Fahren, zum Gehen, kurz, für den Verkehr!

Wozu sie nicht da ist?

Ihr solltet es auch alle wissen:

Zum Spielen, zum Herumtollen, zum Toben!

Weidet die Straße!

Spielt auf den Spielplätzen!

Wandert hinaus in den Wald, in die Heide!

Dort ist Platz genug zum fröhlichen Spiel in stauhfreier Luft!

Auf der Straße

Schon in der Frühe wird die Straße belebt. Oft ist es noch dunkel, wenn die ersten Arbeiter sich auf den Weg machen, um die Straßenbahnen zu erreichen, die sie weit hinaus an die Arbeitsstätte bringen. Dann wird es wieder still, wenn nicht von der Spitze eines Hauses die Amsel ihr Lied hinausschmettert. Aber das ist nur draußen in der Sonnentat der Fall. In der richtigen Häusermeile wagt sich nur noch der Spatz hinein. Der ist wie der Mensch noch mit dem elendsten Quartier zufrieden. Und dabei könnte er es besser haben. Mancher Mensch aber nicht! —

Bald klappern die ersten Wagen, die vom Lande herintommen, über das Pflaster. Ein wenig später kommen überall Angehörte und Beamte aus ihren Häusern und bald darauf erscheint die ganze Schuljugend. Dann wird es laut. „Ja... ah! Ja... ah!“ Wollt wußt Friß. Auf einer andern Stelle pfeift Otto dem Hans.

Hans ist noch nicht fertig! Es ist doch auch viel zu früh! Was willst du denn schon wieder! — Läßt eine hohe Stimme. „Es hat schon halb geschlagen!“ ist die Antwort.

Aber das Fenster wird zugeschlagen, und Hans kommt nicht. Otto geht alleine los. Eine Viertelstunde später erscheint auch Hans mit verzweinten Augen. Was das wohl wieder gegeben hat. Der kommt nun sicher zu spät.

Die Straße ist inzwischen ganz still geworden. Klingel! — Reithin erwidert die Glode des Müllwagens. Müll! Müll! — Jähret der Junge in jedes Haus hinein, und die Frauen erscheinen mit ihren Töpfen.

„Ja, bleib das Wetter heute gut? — Ich hab' Regen!“ „Ja, das ist ja eine Sache. Ich möcht' heut' keinen Regenschlag hab'n!“

„Wissen Sie übrigens schon die Sache mit der Regler ihren Mann?“

„Ja. Was Sie sagen! Das ist gewiß schrecklich!“

„Ne. Wären Sie, er hat nur 'ne Gehaltszulage gefriegt, so zu tun sie sich nicht.“

„Ach ja.“

„Hab' denn geht das Gerücht los. Zwischenmensch wird die Milch schnell aufgestellt und dann wird Kamille Regler weiter beschickelt bis die Milch gänzlich eingedunstet ist.“

„Zwischenmensch kommt der Gewerksmann, und es entzweit auf der Straße ein großes Feilschen.“

„Oben ist er verschwunden, da fragt von der anderen Seite hat ein hoher Tenor: „Goldbrot, frische Goldbrot, Brand püffig Feins!““

„Die Hausfrauen rufen wieder an und können die allerneuesten Gerüchte weiterbringen.“

„Aber dann wird es still. Überall wird gearbeitet. Niemand hat Zeit. Die Reiter, die nur diese Zeit kommen, erhalten nicht viel, und das Müllwagen ist noch nicht fertig.“

„Der Müllwagen wird es wieder lebendig. Große und Kleine kommen heim, und die meisten sehen recht mürrig aus. Nach dem Müllwagen legen die Kinder sich einen Augenblick hin, um zu ruhen. Dann rufen die Straßenbahnfahrer an und hupen des eigentümlichen „es war“ so schon gemacht. Es hat nicht helfen kann.“

„Hab' denn geht das Gerücht wieder los. In die Stadt zum Geschäft, ins Bureau.“

„Nachmittags wird es noch lebhafter durch die Kinder, die auf der Straße spielen, weil der nächste Spielplatz gar zu weit ab ist. Müllwagen kommt dann ein Schupo dazu, und es gibt eine kleine Jagd hinter einem Müllwagen. Entschwindet er, ist die ganze Straße still. Nach er ergötzen, können sie es tun.“

Widnet die Thronen!

Auf der Straße

Eines Nachmittags spielten wir auf der Straße Fangball. Als wir eine Zeitlang gespielt hatten, kam ein Schuhmann daher und warnte uns. Nun mußten wir aufhören zu spielen. Dann ging er weiter. „Kumm, lat uns man wieder speelen!“ Los ging es wieder! Nach einer Viertelstunde kommt ein anderer Schuhmann, der uns gleich aufschrie. Dann sagte er: „Kommt mit zur Weiche!“ — Nach einigen Minuten waren wir auf der Polizei angelangt. „Nun kommt mit mir in mein Zimmer! Jung, puht mir die Stiefel, die da in der Ecke stehen. Creme und Bürsten liegen dort im Kasten. Wenn ihr fertig seid, sagt mir Bescheid!“ — Nach einer Weile waren wir so weit. „Wir sind fertig!“ — „Reigt die Stiefel mal her, Kleiner. Kennt ihr das Puzen? — Macht's noch einmal!“ — Dieses Mal machten wir es ordentlich. Nach einer Weile sagte der Blaue: „Geht jetzt nach Hause. Hört mal zu, ihr Großen bezahlt jeder drei Mark. Zu euren Eltern gehe ich auch noch.“ — Dann gingen wir nach Hause und unterhielten uns über die Sache. Als wir dort angelangt waren, ahen wir Abendrot. Als wir beim Essen waren, klopfte es. „Ich rief: „herein!“ Es war der Schuhmann. Ich bekam einen schönen Schred. Er sagte meinem Vater, daß wir auf der Straße Ball gespielt hätten. Das Ende vom Liede war, daß ich ein Fellknoll kriegte. Wilhelm L., 12 Jahre.

Ein Erlebnis in der Stadt

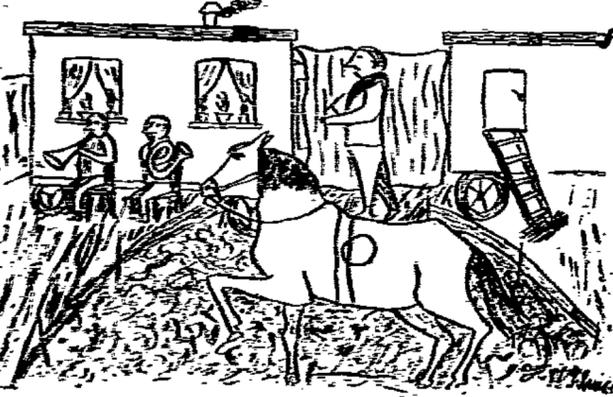
Ich kam um halb zwei aus der Schule. Als ich unter Haus betrat, war es halb drei. Meine Mutter kam mir entgegen. Sie sagte: „Wir wollen heute in die Stadt, mach' schnell mit dem Essen!“ — „Damit bin ich fertig,“ sagte ich nach einer Weile. Dann zog ich mich schnell an und ging mit meinen Eltern in die Stadt. Da war ein reges Leben. Erst ging es durch die Süßstraße, dann durch die Breite Straße zu Karstadt. Wir kauften allerhand schöne Sachen. Als wir wieder herankamen, standen dort viele Menschen auf einem Haufen. Wir gingen auch hin. Mein Vater sagte: „Da ist sicher ein Unglück passiert!“ — Und richtig! Als wir hinkamen, lag da ein Mann, der vom Rad gefallen war. Leute kamen und hoben ihn auf. Aber er konnte nicht stehen, denn er hatte ein Bein gebrochen. Da kam ein Krankenauto und fuhr den Mann fort. Mein Vater sagte: „Das kommt davon, wenn man so unvorsichtig ist.“ — Denn der Mann war mit seinem Rade gegen die Bahn gefahren. Wir gingen nach Hause. Ich habe aber in der Nacht noch davon geträumt. Stiefel D., 13 Jahre.

In Gefahr

Eines Tages ging ich mit meiner Mutter zur Stadt. Es war viel Verkehr. Am Kohlmarkt war es aber sehr schlimm, denn da lauschten die Autos hin und her. „Mama, hier will ich einen Augenblick stehen bleiben.“ — Meine Mutter ging nach Karstadt. Als sie weg war, kam ein Auto heran und ein Radfahrer von der anderen Seite. Bumm! Da waren sie zusammengekommen. Das Rad war in fünfzigzwanzig Stücke. (Gut gezählt!) Das Auto konnte nicht weiterfahren, denn es hatte zu doll gebremst. Nun ging ich meiner Mutter nach. Als ich oben in der Breiten Straße war, war ein Mann unter die Räder der Bahn geraten und festgeklemmt. Da kam die Feuerwehr und hob die Bahn hoch. Ich wollte noch weiter zusehen, aber meine Mutter zog mich fort und sagte: „Wir wollen nach Hause gehen.“ Friß St., 12 J.

Der Zirkus

Eines Tages fuhr auf der Straße eine Reihe Wohnwagen, die mit alten Pferden bespannt waren. Nebenbei liefen die Knaben und schlugen mit diesen Knäpeln auf die armen Tiere ein. Auf dem Holsteinplatz machten sie halt. Ich lief hin und sah zu. Als die Wagen ihre Stellung eingenommen hatten, wurde der Stall aufgehent. Nun ging ich auch an die Arbeit. Ich trug große Pfähle mit hin und spannte das Zelt mit über. Dann wurden die Pferde hineingeführt. In der Mitte und an den Seiten standen die Zirkuspferde. Auf der anderen Seite die Arbeitstiere. Dann wurde draußen die Manege fertiggemacht. In die Mitte wurden Späne geworfen. Rundherum wurden dann Pfähle eingegraben. Als dieses geschehen war, ging's wieder in den Stall. Nun kamen alle die kleinen



Tiere zum Vorführen. Hier knabbelte eine Kuh an dem Wagen, da ein Hund. Da mit einemmal liefen die Kinder alle nach dem einen Wagen. Ich ging nach; da war aber weiter nichts zu sehen als ein kleiner Storch. Da hörten wir einen kleinen Jungen schreien, denn er war zu dicht an den Äffen gekommen. Da sagte Sepp zu mir, ich sollte hingehen und das Zelt mit runtmachen. Nachdem dieses geschehen war, wurden die Stühle hingestellt. Vor den Eingang stellte Heinrich einen Tisch. Als die Uhr halb neun war, fing die Vorstellung an. Jaest kam ein Pferd. Auf dem wurden Kunststücke gemacht. Nachdem noch mehrere Stände vorgeführt waren, holte Sepp mich hinein. Ich wurde angewiesen und bekam den Namen Herr Kartoffel. Jetzt ging Herr Knopfloch hinein. Der erklärte etwas. Dann wurde Herr Jostel gerufen. Nun kam ich. Ich ging langsam hin und sagte meinen Namen. Ich lief auf Sepp zu, denn ich war Bayer. Nun wurden wir alles nachmachen, was Herr



Die Straße ist kein Kampfplatz!

Knopfloch uns vormachte. Zuletzt wurden wir noch eingewickelt und fortgetragen. Bald darauf war die Vorstellung zu Ende. S. W. Schm.

Straßenfahrungen des Kindererholungsheims Schlutup

Etwas vor Pfingsten veranstaltete der Arbeiter-Samariter-Bund eine Geldsammlung. Die Erwachsenen hatten Listen, damit gingen sie in die Häuser. Wir Kinder bekamen eine Büchse und einen Ausweis. Ich hatte garnicht die Absicht mitzukommen. Ich wollte nur meiner Freundin helfen. Als sie sich eine Büchse holte, steckte der Mann mir auch eine in die Hand. Da nahm ich sie. Ich sagte: „Du Eva, was sagst du eigentlich, wenn du einen Groschen haben willst?“ Ich sag' immer: „Möchten Sie wohl etwas spenden fürs Kindererholungsheim Schlutup?“ Als ich erst einen Groschen hatte, war ich schon müdiger. Am ersten Tag kriegte ich etwas über sieben Mark. Am nächsten Tag ging es schon nicht mehr so schön. Alle hatten sie etwas einzumenden, einer war erwerbslos, einer hatte kein Geld, der dritte hatte schon eine Blunge. Der eine fragte: „Von wem ist es?“ „Vom Arbeiter...“ Ich hatte kaum das Wort „Arbeiter“ ausgesprochen, da macht er kehrt und ging seines Weges. Als die Woche abgelaufen war, hatte das Sammeln ein Ende. Wir hatten über dreitausend Mark gesammelt. Die fünf Besten bekamen einen Preis. Der erste Preis war ein Paar Wanderstühle. Und alle anderen bekamen einen Trostpreis. Hertha W., 14 Jahre.

Ein Unglück

Als ich eines Tages in der Johannisstraße war, sah ich plötzlich einen Straßenaufschlag. Ich ging sofort hin und sah, daß ein Auto mit einem Radfahrer zusammengecrasht war. Als ich fragte, wie es gekommen wäre, erfuhr ich, daß dieses Unglück durch ein kleines Kind gekommen war. Das Kind war nämlich über die Straße gelaufen. Da der Radfahrer ausbiegen wollte, war das Auto dem Radfahrer in die Speichen gefahren. Der auf dem Rad sah, war noch schnell heruntergesprungen. Nun ging die Streiterei zwischen Radfahrer und Autoführer vor sich, denn keiner wollte die Schuld haben. In der Zwischenzeit war ein Schuhmann gekommen. Er schrieb beide Namen auf. Dann nahm der Radfahrer sein Rad auf die Schulter und ging fort. Danach setzte sich das Auto in Bewegung. Nach einiger Zeit war alles verschwunden und die Straße leer wie vorher. G. P., 14 Jahre

Briefkasten

Heria B. Besten Dank für deinen Aufsatz. Aber ich kann ihn nicht gebrauchen, weil zu viele Fehler darin sind. Ich hätte den ganzen Aufsatz noch einmal abschreiben müssen, und das ist ein bißchen viel verlangt. Auf deine Anregung betr. Briefwechsel komme ich noch zurück. Freundschaft! O. S.

Rätseldecke

Auflösungen aus Nummer 12

Silberrätsel

Großlodner, Unterrichtsbriefe, Trautenau, Efriede, Re-gistrierapparat, Regiment, Achilles, Türkei — Güter Rat ist teuer.

Rätsel

Gregor, Georg, Gero.

Station — Stadion.

Zahlenrätsel

- 1 1 2 4 11 3 5 11 7 8 Universitätsstadt
- 2 10 9 7 Nebenfluß der Donau
- 3 9 6 8 11 Salzlösung
- 4 11 8 11 12 Waffe
- 5 9 12 4 9 8 11 12 chirurgische Verbände
- 6 1 7 11 12 Zeitmesser
- 7 6 4 11 3 10 5 6 7 8 vielbesuchte Burgruine
- 8 11 7 1 9 7 4 männl. Rufname
- 1 2 3 4 11 8 9 7 4 weibl. Rufname
- 9 5 11 12 4 3 9 12 4 weibl. Teil Europas
- 6 12 4 2 12 11 Oper von Leipzig
- 10 9 12 4 6 1 7 Sinnbild des Todes
- 11 6 3 11 12 Nachttraubvogel
- 12 9 12 10 11 12 norweg. Nordpolfahrer

Die Anfangsbuchstaben der Wörter nennen eine Stadt an der Bertra. U. Kög.

Buchstabenrätsel

Nicht 1 2 3 4 5 kann das,
Was da erwarbt, gewesen sein,
Und weiß dich Kauf nicht 5 4 3 2 1 —
Kaufst ebendort du wieder ein!